

(Vizepräsidentin Edith Müller)

(A) stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2002** - Stichwort: Erhöhung der Zuschüsse an die Träger. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag** unter der Nr. 123 ist **zurückgezogen**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2057** - Stichwort: Reduzierung der Mittel für Gerontologie e. V. Dortmund. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

(B) Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2004** - Stichwort: Erhöhung der Mittel für Bekämpfung von Suchtgefahren. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Als letzten Antrag rufe ich den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/2005** zur Erhöhung der Mittel für Bekämpfung von Suchtgefahren auf. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 11 entsprechend der **Beschlussempfehlung in Drucksache 13/1811** abstimmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **angenommen**.

Vielen Dank, meine Damen und Herren, auch für diese disziplinierte Abstimmung.

Ich rufe **Nummer 2** auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (C)

Einzelplan 14 umfasst die Teilbereiche a) Städtebau und Wohnen, b) Kultur und c) Sport.

Ich weise erstens auf die Beschlussempfehlung in Drucksache 13/1814 und zweitens auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP unter den Nummern 94 bis 105 der Tischvorlage hin.

Ich eröffne die Beratung zunächst zum Teilbereich

a) Städtebau und Wohnen

Als erster Redner hat Herr Schulte für die Fraktion der CDU das Wort.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach nachvollziehbaren Erkenntnissen der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes hat sich die entspannte Lage auf den Wohnungsmärkten in Nordrhein-Westfalen weiter stabilisiert. Das drückt sich darin aus, dass die Zahl der wohnungssuchenden Haushalte in diesem Jahr wieder das niedrige Niveau der 80er-Jahre erreicht haben wird. Das drückt sich auch darin aus, dass ein größeres Wohnungsangebot und eine sehr moderate Mietendynamik die Wohnungssuche und den Wohnungswechsel für infrage kommende Haushalte erleichtern. Das ist die positive Seite der Situation. (D)

Die Kehrseite ist dadurch gekennzeichnet, dass wir weiterhin einen deutlichen Rückgang der Bautätigkeit zu verzeichnen haben. Die drastischen Einbrüche bei den Baugenehmigungen nehmen mittlerweile Besorgnis erregende Größen an. Im Geschosswohnungsbau müssen wir einen Rückgang von 25 % feststellen. Die damit einhergehenden Rückgänge bei der Wohnungsbauförderung sind entsprechend.

Bei den Ein- und Zweifamilienhäusern ist die Zahl der Fertigstellungen zwar noch stabil; neuerdings ist aber ein Genehmigungsrückgang in Höhe von mittlerweile rd. 20 % zu verzeichnen. Das veranlasst mich zu der Feststellung, dass auch der

(Bernd Schulte [CDU])

- (A) Eigenheimboom fürs Erste zu Ende ist. Die Bausparkasse Schwäbisch-Hall hat vor wenigen Tagen eine Studie veröffentlicht, nach der die Zahl der fertig gestellten Wohnungen erst im Jahre 2005 wieder steigen wird.

Die Bauwirtschaft bekommt vom Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen nicht die notwendigen Impulse. Die Landesregierung tut nichts für ein positives Investitionsklima. Insofern entsteht auf den Wohnungsmärkten ein Investitionsstau, den die Bauwirtschaft drastisch zu spüren bekommt. Die Schlagzeile "Jobs wackeln am Bauproduktmarkt in Nordrhein-Westfalen" vom 1. Dezember 2001 spricht eine deutliche Sprache.

In Berlin wird über eine vollständige oder teilweise Aussetzung der Eigenheimzulage diskutiert. Der Bauminister von Nordrhein-Westfalen sah sich schon vor einigen Monaten veranlasst, diese Diskussion unter dem Stichwort "Stadtflucht" voranzutreiben. Die Diskussion in Berlin trägt nicht dazu bei, die Impulse für den Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland zu verbessern; sie ist schädlich. Man muss in diesem Zusammenhang auch darauf achten, dass die Wohnungsmärkte im Lande nicht in zwei Klassen, in die städtischen und in die ländlichen Bereiche, aufgeteilt werden.

- (B) Meine Damen und Herren, gerade die derzeit beruhigte Phase auf den Wohnungsmärkten ist der geeignete Zeitpunkt für den Umbau des öffentlich geförderten Wohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen. Dieser Umbau ist notwendig, weil das System bekanntlich an vielen Stellen krankt.

(Theodor Kruse [CDU]: So ist es!)

Wir haben festgestellt, dass die Landesregierung nur durch Zinsaussetzungen über Rechtsverordnungen in der Lage gewesen ist, Mietpreisexplosionen im sozialen Wohnungsbau der 60er- und 70er-Jahre zu verhindern. Wenn nicht durch korrigierende Eingriffe in das Zinsgeschehen durch Rechtsverordnungen Mietpreisexplosionen verhindert worden wären, hätte das aus dem Stand einen Anstieg der Sozialmieten um 3 bis 5 DM pro Quadratmeter bedeutet. Das hätte dazu beigetragen, dass die Fluktuation in diesen Beständen noch größer geworden wäre, als sie ohnehin schon ist. Wir haben es außerdem mit der Tatsache zu tun, dass in vielen Städten des Landes die Kostenmiete im sozialen Wohnungsbau höher ist als die ortsübliche Vergleichsmiete. Vor diesem Hintergrund kann niemand behaupten, dass das

- System in Ordnung ist und nicht kurz vor dem Kollaps steht. (C)

Die Politik der Zinskorrekturen durch Rechtsverordnungen ist nicht beliebig fortsetzbar. Der Zeitpunkt rückt nahe, an dem man sich dem Zielkonflikt stellen muss. Man muss eine Abwägung vornehmen zwischen den Belangen des Wohnungsbaus einerseits und denen des haftenden Eigenkapitals von Banken andererseits, wenn es darum geht, Wertberichtigungen voranzutreiben, um das Wohnungsbauvermögen insbesondere bei den Beständen der 60er- und 70er-Jahre auf den tatsächlichen Wert zu korrigieren. Das kann nur durch - für Banken schmerzhaft - Wertberichtigungen erfolgen. Dieser Diskussion darf man sich nicht länger entziehen.

Meine Damen und Herren, im Juli dieses Jahres wurden wir nach den Kabinettsberatungen zum Landeshaushalt mit der überraschenden Nachricht konfrontiert, dass sich die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf den Fortfall der Gegenfinanzierung der Bundesfinanzhilfen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau verständigt hat. Bisher werden die Bundesfinanzhilfen des Landes in Höhe von rund 38 Millionen Euro durch Komplementärmittel des Landes gegenfinanziert, die mit rund 9,5 Millionen Euro aus den Entgelten der WestLB für die Beleihungsmöglichkeiten des Landeswohnungsbauvermögens als haftendes Eigenkapital und mit rund 20,7 Millionen Euro aus Zuweisungen des Landeshaushaltes gespeist werden. (D)

Das sind in der Summe fast 30,2 Millionen Euro, die die Landesregierung dem Wohnungsbauvermögen des Landes entziehen wollte. Der Bauminister hat sich in den Kabinettsberatungen im Juli 2001 zulasten des Wohnungsbauvermögens vom Finanzminister sehr leicht über den Tisch ziehen lassen.

Ich war erfreut darüber, in der ersten Lesung des Landeshaushalts am 4. Oktober in diesem Hause vom finanzpolitischen Sprecher der SPD zu hören, dass sich im Wohnungsbau offensichtlich ein klammheimlicher Politikwechsel vollziehe. Seitens des finanzpolitischen Sprechers der SPD wurde die Forderung an Minister Vesper gerichtet, klare und schlüssige Konzepte für die Zukunft des Wohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen vorzulegen.

Herr Walsken forderte Minister Vesper auf, sich als Gestalter zu erweisen. Diese Forderung kön-

(Bernd Schulte [CDU])

- (A) nen wir bekräftigen. Herr Walsken hat aber auch gesagt: Der kann das nämlich. - Aber da sagen wir: Nein, er kann das nicht. Er hat es bisher jedenfalls noch nicht unter Beweis gestellt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen ist es dann glücklicherweise gelungen, im Einvernehmen aller Fraktionen die von Minister Vesper geduldeten Kabinettsbeschlüsse zu revidieren. Ich stelle meinerseits fest, dass es mir egal ist, wer sich die Verdienste für diese Beschlussfassung an den Hut heftet. Trotz der Inkaufnahme von Kabinettsbeschlüssen durch Minister Vesper ist es parlamentarisch jedenfalls gelungen, die Substanz des Wohnungsbauvermögens in Nordrhein-Westfalen für den Haushalt 2002 und sicherlich auch für die Zeit danach zu erhalten.

Über diese Erhaltung hinaus ist - wie ich bereits gesagt habe - die Reform der Instrumente in der Phase der Beruhigung der Märkte erforderlich. Zu dieser Reform der Instrumente gehören sowohl die Ausgleichszahlungen - wir werden morgen an dieser Stelle über einen entsprechenden Gesetzesentwurf der Landesregierung diskutieren und dazu unsere Einlassung vortragen - als auch die Einkommensgrenzen, die Eigentumsförderung und im Hinblick auf die immer höheren und weiter steigenden Verwaltungskosten insbesondere auch die Einleitung der Entwicklung von der Objektförderung zur Subjektförderung im öffentlich geförderten Wohnungsbau.

(B)

Meine Damen und Herren, die Luftnummer der Wohnungsbaupolitik im Jahre 2001 war die Ankündigung eines 10-Milliarden-Programms zur Bekämpfung der Stadtflucht durch Minister Vesper. Nie hat es einen größeren Flop gegeben: eine vorweggenommene Silvesterrakete, die zischend in den Himmel stieg, um dann in tausend einzelnen Fragmenten zu zerfallen und in nichts aufzugehen.

(Beifall bei der CDU)

Minister Vesper hat am 18. April - wie er selber schriftlich ausführte - im Rahmen eines Pressefrühstücks die Idee eines 10-Milliarden-Programms zur Bekämpfung der Stadtflucht geboren. Nach längerem Nachfragen wurde seitens des Ministeriums ausgeführt, was ich mit Genehmigung des Präsidenten zitiere:

"Nimmt man die verabschiedeten Haushaltsansätze des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport für das Jahr 2001 und schreibt sie dann bis 2004 vor, so kommt man im investiven Bereich zu stadtbezogenen Maßnahmen von mehr als 10 Milliarden DM."

(C)

Meine Damen und Herren, wenn jeder Ressortchef so vorgehen würde, könnte man den Landeshaushalt in eine Vielzahl von Programmen für bestimmte Zielgruppen zersstückeln und sagen, man wolle eine besondere Konzentration auf bestimmte Aufgabenstellungen vornehmen.

Die Städte und Gemeinden verharrten in gespannter Erwartungshaltung, was aus diesem 10-Milliarden-Programm auf sie zukommen würde. Aber es kam nichts. Es konnte auch nichts kommen, weil die Vielzahl der Haushaltstitel, die unter dieses Programm subsumiert wurden, bereits durch andere gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen blockiert waren.

Natürlich ist damit das Problem der Stadtflucht, das der Minister des Öfteren angesprochen hat, nicht gelöst. Aber ich muss auch feststellen, dass die Stadtflucht in Nordrhein-Westfalen kein Thema ist, das man mit einheitlichen Konzepten beantworten kann. Es kommt uns in den Städten insbesondere darauf an, durch die Novellierung des Landesplanungsgesetzes im Rahmen der Gebietsentwicklungsplanung zu einer besseren und vorbeugenden Bereitstellung von Bauland und zu einem preisregulierenden Angebot zu kommen.

(D)

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Schulte.

Bernd Schulte (CDU): Die Einkommensgrenzen bei der Einkommensförderung sind anzupassen. Wir stellen fest: Sehr viele junge Familien mit Kindern verlassen die Städte, weil sie ihre Eigentumswünsche nur im Umland verwirklichen können. Aber mehr als die Hälfte derjenigen Bürgerinnen und Bürger, die mit ihren Familien die Städte verlassen, tun das nicht, um Eigentum im Umland zu erwerben, sondern, um im Umland Wohnungen zu mieten. Sie kehren den Städten den Rücken, weil die Wohnumfeldbedingungen nicht mehr stimmig sind.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Schulte, Ihre Redezeit ist seit geraumer Zeit zu Ende.

(A) **Bernd Schulte** (CDU): Es wird zu wenig für das Wohnumfeld getan. Deswegen verweise ich auf unseren Antrag, 7,9 Millionen Euro für die Verstärkung der dem GFG zugeordneten Stadterneuerungsmittel in Einzelplan 20 auszuweisen.

Der Einzelplan 14 insgesamt ist für uns nicht zustimmungsfähig. Sie könnten uns eine Ablehnung erträglicher machen, wenn Sie unseren Änderungsanträgen zustimmen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Herr Schulte. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Röken.

Wolfgang Röken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schulte, leider können wir Ihnen den Gefallen nicht tun, denn Ablehnung bleibt Ablehnung. Das müssen Sie schon ertragen.

Ansonsten kann ich nur sagen: Ihr Redebeitrag, insbesondere was die Fundamentalkritik angeht, steht im umgekehrten Verhältnis zu der Anzahl und dem Inhalt der von Ihnen vorgelegten Anträge. Gott sei Dank gibt es im Bereich Städtebau und Wohnen doch eine ganze Menge an Gemeinsamkeiten, die wir gerade in schwieriger Zeit mehr pflegen sollten. Insofern hätte ich es mir gewünscht, wenn Sie von dem Ritual, das offensichtlich ihre Fraktionsführung vorgegeben hatte, zumindest beim Einzelplan 14 abgewichen wären. Leider taten Sie das nicht!

(B) Aber nach dieser Eingangsbemerkung will ich mich doch lieber den Sachfragen der Wohnpolitik in Nordrhein-Westfalen widmen, denn hier haben wir Handlungsbedarf und hier sind wir aktiv.

Meine Damen und Herren, wir verzeichnen - da stimme ich Ihnen zu - in unserem Land weiterhin einen starken Trend zur Stadt-Umland-Wanderung. Damit sind viele Folgen und Probleme verbunden. Die Pendlerverkehre steigen, damit auch der Individualverkehr und in erheblichem Maße die Umweltbelastungen. Der Freiflächenverbrauch steigt. Die Sozialstrukturen in den Abwanderungsgebieten verändern sich einseitig. Und die kommunalen Haushalte in den Abwanderungsgebieten werden doppelt belastet, zum einen durch die sich durch die Abwanderung verschlechternde Einnahmesituation zum anderen

durch den steigenden Bedarf für kommunale Infrastruktur, da diese weiterhin vorgehalten werden muss. Nicht zuletzt ist in den Zielgebieten der Abwanderung der Aufbau einer neuen Infrastruktur erforderlich.

(C)

Mit dieser grundsätzlichen Problematik befasst sich die maßgeblich von der SPD-Fraktion initiierte Enquetekommission "Zukunft der Städte". Die Ergebnisse und ihre Empfehlungen erwarten wir mit großem Interesse.

Im Rahmen der Haushaltsgesetzgebung haben wir jedoch die Chance genutzt, die bereits bestehenden Instrumente zu verstärken, um diesem Trend entgegenzuwirken. Nehmen Sie daher zur Kenntnis, dass der von uns entscheidend mitgestaltete Programmrahmen für die Stadterneuerung im Jahre 2002 über 204 Millionen Euro beträgt; das ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von über 37 Millionen Euro.

In diesem Programmrahmen sind über 150 Millionen Euro Landesmittel enthalten; das sind wiederum über 25 Millionen Euro mehr als im letzten Jahr. Das zeugt von politischem Gestaltungswillen.

Hinzu kommt das Wohnungsbauprogramm mit einem Gesamtvolumen von über 765 Millionen Euro. An dieser Stelle haben - das haben Sie richtig erkannt - die Koalitionsfraktionen abweichend von dem Haushaltsentwurf der Landesregierung entscheidende Schwerpunkte gesetzt.

(D)

War ein Baransatz für das Wohnungsbauprogramm im Regierungsentwurf nicht vorgesehen, so haben wir Zuschüsse an die Wfa in Höhe von 8,7 Millionen Euro beschlossen, und auch die Verpflichtungsermächtigungen haben wir auf insgesamt über 24 Millionen Euro verstärkt. Seien Sie aber sicher, dass auch weitere Förderbeträge des Bundes hier im Land aufgenommen werden; dieses Geld wird hier dringend gebraucht.

Der wichtigere Punkt ist aber die Aufrechterhaltung des Zufließvermerkes. Die dem Landtag vom damaligen Finanzminister Schleißer vor Jahren zugesagte Entgeltregelung für die Übertragung eines Teils des Wfa-Vermögens auf die WestLB als haftendes Eigenkapital hat somit selbstverständlich auch weiterhin Bestand. Darüber herrscht über alle Parteigrenzen hinweg ein breiter Konsens.

Unsere Anstrengungen in der Wohnpolitik haben neben der fachlichen Bedeutung auch klare Wir-

(Wolfgang Röken [SPD])

(A) kungen auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Das Land tätigt hier Investitionen, die hohe Bündelungs- und Anstoßwirkungen für weitere private Investitionen auslösen. Damit schaffen wir positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt.

Meine Damen und Herren, abweichend von den sonst üblichen Beratungen hier im Landtag haben wir in der Wohnpolitik die Besonderheit, dass erst das für März 2002 zu erwartende Wohnungsbauprogramm konkrete Aussagen über den Einsatz des vom Landtag bewilligten Fördervolumens beinhaltet. Zur Programmgestaltung hat die SPD-Fraktion gezielte Vorstellungen, die ich in fünf Punkten in aller Kürze einmal skizzieren will.

Erstens. Junge Familien, einkommensschwache Haushalte, Alleinerziehende mit Kindern und Rentnerhaushalte haben beachtliche Probleme, auf den Wohnungsmärkten insbesondere der Rheinschiene eine bezahlbare Wohnung zu bekommen. Dort schwankt das Mietenniveau im Wohnungsneubau zwischen 14 und 20 DM Kaltmiete pro Quadratmeter. Das ist für diese Gruppen nicht bezahlbar.

(B) Deshalb müssen wir dort mit der Förderung in beachtlichem Umfang zu einer Ausweitung eines für untere und mittlere Einkommensgruppen bezahlbaren Wohnungsangebotes beitragen. Gerade in den Städten der Rheinschiene zeichnet sich bereits aufgrund der geringeren Bautätigkeit der letzten Jahre zumindest eine Wohnungsknappheit - von Wohnungsnot will ich noch nicht sprechen - ab.

Zweitens. Für junge Familien und Schwellenhaushalte benötigen wir zusätzlich zur steuerlichen Förderung eine leistungsfähige Eigentumsförderung, damit diese familiengerechtes Wohneigentum schaffen können, und zwar in ihrem angestammten Lebensraum. Es ist nicht hinnehmbar, dass sie sich erst 60 bis 80 km von ihrem Arbeitsplatz entfernen müssen, um entsprechendes Wohneigentum erwerben zu können. Deswegen erwarten wir von der Landesregierung ein gezieltes Förderangebot für die Ballungszentren im Wohnungsbauprogramm 2002.

Drittens: Wenn sich Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb der Regionen als Arbeits- und Wohnstandort behaupten will, dann müssen sich die Städte und die Wohnungswirtschaft mit Hochdruck der Umstrukturierung der Wohnsiedlungen der 50er-Jahre annehmen. Heute müssen diese Bausubstanzen, die damals sehr schnell und billig

(C) errichtet werden mussten, grundlegend erneuert, ergänzt und ersetzt werden, damit sie auf den Wohnungsmärkten des 21. Jahrhunderts konkurrenzfähig sind. Die Umstrukturierung dieser Siedlungen ist nicht nur eine Frage der Schaffung von neuzeitlichen Wohnungsangeboten, sondern auch ein wichtiger Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Viertens. Zu den Sorgenkindern des Wohnungs- und Städtebaus gehören auch die Wohnsiedlungen der 60er- und 70er-Jahre, in denen hochverdichtete Wohngebäude und einseitige Sozialstrukturen aufeinander treffen. Diese müssen wir auch mit Rückbaumaßnahmen umgestalten, um solche Gebiete wieder als Wohnstandorte für alle Bevölkerungsschichten attraktiv zu machen und so zu einer sozial gesunden Durchmischung zu gelangen.

Aus diesem Grunde erwarten wir, dass sich die Wohnungsbauförderung des Landes künftig für den Rückbau schwieriger Hochhaussiedlungen noch stärker als bisher öffnet.

(Beifall von Donata Reinecke [SPD])

Sie muss künftig - wie wir meinen - einen wesentlichen Beitrag zum Stadtumbau West leisten.

(D) Fünftens. Darüber hinaus benötigen wir Fördermittel des sozialen Wohnungsbaus auch für ein sozial verträgliches Mietenniveau im Wohnungsbestand. Das in der Nachkriegszeit entwickelte Fördersystem - auch darauf ist Herr Schulte gerade eingegangen - des sozialen Wohnungsbaus ist von Wachstumserwartungen ausgegangen, die sich in den 80er- und 90er-Jahren nicht erfüllt haben.

Der durch dieses Fördersystem vorprogrammierte Mietenanstieg führt dazu, dass an vielen Standorten die Mieten im sozialen Wohnungsbau oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Deshalb müssen für eine sozialverträgliche Mietentwicklung im Bestand erneut beachtliche Mittel aufwenden.

Daher erwartet die SPD-Landtagsfraktion von der Landesregierung im kommenden Jahr Vorschläge für die Gewährleistung einer sozialverträglichen Mietentwicklung im Wohnungsbestand.

(Beifall von Donata Reinecke [SPD])

Meine Damen und Herren, ein arbeitsreiches Jahr liegt vor uns, denn schließlich müssen wir auch die bundesrechtlichen Änderungen - beispiels-

(Wolfgang Röken [SPD])

(A) weise das Wohnraumgesetz - auf Nordrhein-Westfalen übertragen und für die einzelnen Regionen und einzelnen Wohnungsmärkte passgerecht gestalten. - Dem heute vorliegenden haushaltsrechtlichen Rahmen stimmen wir zu. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Kollegen Röken. - Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Brendel.

Karl Peter Brendel (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu diesem Haushalt sind schon viele sehr zutreffende Dinge gesagt worden. Ich möchte die Zustandsbeschreibungen deshalb nicht unnötig wiederholen und Sie damit langweilen.

Die Frage des sozialen Wohnungsbaus spielt natürlich zurzeit eine wichtige Rolle. Die Kritik an den Entwicklungen im sozialen Wohnungsbau, der in der Nachkriegszeit sicherlich richtig war und in dieser Form möglicherweise so ausgestaltet werden musste, ist auch vom Kollegen Röken hier formuliert worden.

(B) Wir haben in der Vergangenheit meiner Meinung nach zu lange Wohnungsbauprojekte finanziert, die nunmehr Probleme bereiten, die wir mit erneuter öffentlicher Förderung lösen müssen. Der Kollege Röken hat mit der vornehmen Formulierung "Rückbau von nicht mehr marktfähigen, öffentlich geförderten Wohnungen" gesprochen. Das heißt im Klartext, dass wir diese Wohnungen in weiten Teilen mit öffentlichen Mitteln abreißen müssen, weil wir die in der Vergangenheit erfolgten Fehlplanungen nicht anders reparieren können.

Angesprochen worden sind erforderliche Reformmaßnahmen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Diese werden wir sicherlich vornehmen müssen. Meine Fraktion bleibt bei ihrer skeptischen Haltung zur bisher praktizierten Objektförderung. Ich freue mich ganz außerordentlich, dass nunmehr auch von Mitgliedern anderer Fraktionen häufiger davon gesprochen wird, dass wir weg von der Objektförderung hin zur Subjektförderung kommen müssen.

Dies ist sicherlich der richtige Weg. Ich bin gespannt, was unter diesem Obersatz von den anderen Fraktionen verstanden wird. Ich mache

ganz deutlich: Nach unserer Vorstellung bedeutet dies eine andere Form der Förderung und die Abschaffung der Objektförderung. (C)

Dies waren meine Ausführungen zum allgemeinen Teil der Wohnungspolitik.

Lassen Sie mich nunmehr konkret zu einigen Haushaltsansätzen kommen. Es macht sicherlich keinen Sinn, die Wertigkeit von Haushalten und die Größe des Dissenses an sämtlichen Haushaltsstellen festzumachen. Wir sollten uns auf einige wesentliche Punkte konzentrieren.

Im Fachausschuss haben wir eine Haushaltsänderung beschlossen, zu der ich - obwohl sie politisch überhaupt nichts bringt - etwas sagen möchte, um deutlich zu machen, wie das Verfahren nicht nur in unserem Ausschuss, sondern auch in anderen Bereichen abläuft.

Es gibt den Titel "Wohngeld" in seinen unterschiedlichen Formen. Die Zahlung von Wohngeld ist eine absolut pflichtige Leistung. Das heißt, das Geld, das durch Antragstellung durch Berechtigte abgerufen wird, muss ausgezahlt werden. Was im Haushalt steht, interessiert eigentlich so recht niemanden. Das ist halt so.

Nunmehr hat die Mehrheit im Ausschuss beschlossen, dass der Ansatz gekürzt werden kann. Das heißt in der vornehmen Sprache der Begründung: "Anpassung an die zu erwartende Ist-Entwicklung". Auf die Nachfrage im Haushaltsausschuss, woraus sich diese veränderte Ist-Entwicklung vielleicht ergeben könnte, empfand ich die Auskünfte etwas unbefriedigend. Es hieß, es sei halt so. (D)

Ich habe mir inzwischen die Ist-Zahlen des Jahres 2000 angeschaut und erschreckt festgestellt: Vielleicht haben sie sogar Recht mit Ihrer Behauptung, die Ist-Situation ließe eine Kürzung zu; jedenfalls scheint der 2000er-Ansatz im Vergleich mit den verausgabten Mitteln Sie zu bestätigen. Allerdings bleibt die Frage, warum das Ministerium diese Zahlen überhaupt eingestellt hat. War es als Luftnummer gedacht, hat man nicht sauber gerechnet, hat man zu spät etwas gemerkt oder wie auch immer?

(Minister Dr. Michael Vesper: All das nicht!)

- Ja, dann können Sie ja vielleicht gleich erklären, warum der Ansatz an die zu erwartende Ist-Situa-

(Karl Peter Brendel [FDP])

(A) tion angepasst werden muss. Aus den Vorgaben zum Wohngeldrecht auf Bundesebene ergibt sich diese Entwicklung auf jeden Fall nicht zwingend.

Bei den kommunalen Haushalten, mit denen ich bisher mehr zu tun hatte als mit dem Landeshaushalt, hat man je nach Gefechtslage gesagt, es sei eine unseriöse Trickserie, wenn man Haushaltsansätze, auf die man keinen Einfluß hat, aus politischen Gründen herauf- oder herunterrechnet. Es ändert halt nichts wirklich. - Das hier scheint mir etwas Ähnliches zu sein. Wenn Sie mir erklären können, warum das hier anders ist, werde ich dem interessiert zuhören.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Das müssen wir uns genau anschauen! - Minister Dr. Michael Vesper: Dafür bin ich nicht zuständig!)

- Aha, dafür sind Sie nicht zuständig, weil Sie es nicht beschlossen haben. - Das war im Fachausschuss auch schon so: Auf die Frage an das Ministerium, woran es liegen könnte, antwortete ein Ministeriumsvertreter, dass hätten die Koalitionsfraktionen gerechnet. Allerdings weiß ich nicht, wie die das gerechnet haben. Das ist aber auch egal.

(B) Es gibt noch zwei Punkte, die in diesem Haushalt eine Rolle spielen; das ist der Bereich Städtebauförderung und das ist der Bereich Grundstücksfonds. Hierzu hat die CDU zwei Anträge vorgelegt, die wir unterstützen.

Zum Bereich des Städtebaus, denke ich mir, lasse ich einmal andere für mich arbeiten. Es heißt in einer Rede des Ministers: "Nordrhein-Westfalen steckt mitten in einem rasanten Strukturwandel. Flächen fallen brach und müssen schnell, gut und kostengünstig wieder in den städtischen Organismus zurückgebracht werden."

Dann kommt noch etwas Schönes: "Die Nachfrage nach Stadt lässt sich auch in Zahlen ausdrücken. Das diesjährige Städtebauprogramm ist sechsfach überzeichnet, und wir wissen aus den Anträgen und Gesprächen mit den Städten, dass die Nachfrage in dieser Legislaturperiode weiter wachsen wird, bis auf das Zehnfache des jetzigen Programmvolumens."

Ich denke, der Minister wird zu der wirtschaftspolitischen Bedeutung von Städtebauförderungsmitteln und zu der Möglichkeit der Aktivierung privater Investitionen mit Hilfe von Städtebaumitteln noch einiges sagen. Insgesamt muss man

einfach sehen: Die Mittel des Städtebaus sind für die Entwicklung in den Gemeinden von großer Bedeutung. Ich halte es deshalb für folgerichtig, den Mittelansatz zu erhöhen, weil es einen Bedarf gibt und die vorhandenen Mittel in jeder Weise sinnvoll eingesetzt werden können. (C)

Der Kollege Schulte hat in diesem Zusammenhang zu Recht auf die schwierige Lage der Bauwirtschaft hingewiesen. Hier ist Hilfe mit Mitteln des Städtebaus möglich. Deswegen sind wir der Meinung, hier könnte umgeschichtet werden.

Im Ausschuss hat der Kollege Rommelpacher sicherlich zutreffend darauf hingewiesen, dass man für Sanierungsmaßnahmen auch die Grundstücke brauche; deswegen wäre es nicht in Ordnung, dass der Grundstücksfonds zur Finanzierung zurückgefahren wird. Diese Aussage ist natürlich an irgendeiner Stelle richtig, nur: Wenn man sich beides halt nicht leisten kann und irgendwo einen Schwerpunkt setzen muss, dann ist nach meiner festen Überzeugung der Schwerpunkt im Bereich des Städtebaus im Interesse der Gemeinden und im Interesse der Bauwirtschaft richtig gesetzt. Wir müssen dann im Bereich des Grundstücksfonds - weil das Geld endlich ist - mit weniger zurechtkommen.

Zur Frage des Grundstücksfonds gestatten Sie mir einige Anmerkungen. Dieser als revolvierendes System angelegte Fonds hat natürlich zahlreiche Problemflächen angekauft, die nun auch aufgearbeitet und vermarktet werden müssen. Das ist in vielen Fällen sicherlich schwierig. In manchen Fällen scheint es mir auch nicht so recht zu gelingen. Auch vor diesem Hintergrund meine ich, dass der Einsatz der Mittel im Bereich der Städtebauförderung der richtige Weg wäre. (D)

Meine Damen und Herren, dies waren meine Anmerkungen in einigen wenigen Worten zum diesjährigen Haushalt. Ich hoffe, dass die Beratungen und die Arbeit der Enquetekommission "Zukunft der Städte" dazu führen werden, dass Antworten auf die auch heute hier gestellten Fragen gegeben werden können. Denn während in der Situationsanalyse sicherlich große Einigkeit herrscht, stochert auch die Landesregierung bei den Antworten mit vielen ihrer Maßnahmen im Nebel. Deswegen scheint es mir wichtig zu sein, zu fundierten Erkenntnissen zu kommen, auf denen die Politik anschließend aufbauen kann. Herzlichen Dank.

(Beifall bei FDP und CDU)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Kollege Brendel. - Das Wort hat der Kollege Rommelspacher, Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Röken hat ein sicherlich wahres Wort gesprochen, wenn er gesagt hat, die Städtebauer und die Wohnungsfachleute stünden vor einem arbeitsreichen Jahr. Allerdings stehen wir auch vor einem Jahr, in dem wir für diese Aufgaben - etliche davon sind schon genannt worden; ich werde noch ein paar hinzufügen - sehr gut gerüstet sind.

Kollege Röken hat zu Recht darauf hingewiesen: Allein 204,6 Millionen Euro stehen im Bereich Städtebau zur Verfügung. Wenn man dann die sehr eng damit verzahnten Grundstücksfondsmittel von 35,6 Millionen Euro hinzunimmt, kann man behaupten, dass wir mit 240 Millionen Euro wahrlich gut auf den Umbau auch der Siedlungen der 50er- und 60er-Jahre - da gebe ich Herrn Röken völlig Recht, da müssen wir heran - vorbereitet sind.

(B) Meine Damen, meine Herren, wir leisten auf diesem Gebiet eine ganze Menge. Ich möchte gern an vier kleinen Facetten klarmachen, wie breit das Feld ist, auf dem wir agieren.

Im Bereich Städtebau inklusive Grundstücksfonds bearbeiten wir z. B. in über 40 Projekten - zumal in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf - die Problemzonen, die in unseren großen Städten in bedauerlicher Weise erheblichem Umfang rasch anwachsen. Wir treiben auch die vier großen Regionalen - das sind neue Formen von Programmen, bei denen Kommunen gemeinschaftlich, aber zum Teil auch im Wettbewerb versuchen, größere Teile des Landes voranzubringen - voran und bereiten weitere vor.

Zum Dritten implementieren wir - um eine ganz andere Facette anzuführen - ein Bahnprogramm, das an das anknüpft, was der Verkehrsminister macht. Der Verkehrsminister baut sozusagen das Innere der Bahnhöfe um; wir setzen mit dem Städtebau das Ganze fort und integrieren Bahnhöfe und Bahnhofsumfeld in die Städte.

Viertens: Wir können in 70 laufenden Maßnahmen und etlichen weiteren, die angemeldet sind, den City-Umbau betreiben. Da geht es um das

Problem, dass Einzelhandelsflächen brach fallen, dass in der Konkurrenz zwischen den Kernstädten und den Zentren auf der grünen Wiese die Städte teilweise sozusagen "den zweiten Platz einnehmen".

Last not least können wir - das wäre dann das Letzte, was ich noch erwähnen möchte - in weit über 40 Einzelmaßnahmen auch wirtschaftsnahe Flächenmobilisierung, Brachenaufbereitung, Aufbereitung zentrennaher Brachen in Angriff nehmen.

Meine Damen, meine Herren, schon dieser ganz kurze Blick vermittelt einen Eindruck davon, wie komplex und wie vielfältig die Herausforderungen sind, denen unsere Städte und Ballungsräume - der größte Teil unseres Landes besteht aus Ballungsräumen - ausgesetzt sind. Ich denke, es ist völlig korrekt und sinnvoll, Herr Schulte, wenn der Minister perspektivisch ankündigt, er wolle versuchen, alle städtebaulichen, grundstücksorientierten und wohnungsbauorientierten Maßnahmen im Laufe der nächsten Jahre auf zentrale Herausforderungen unseres Landes hin zu bündeln. Da kann man ihm keinen Vorwurf machen, sondern muss ihn beglückwünschen, dass er die Kraft besitzt und die Bereitschaft zeigt, auch einmal eine Vision über fünf Jahre hinweg zu formulieren. Er mäkelte nicht nur herum, sondern er versucht zu handeln, und das ist gut so.

Meine Damen, meine Herren, Stadt-Umland-Wanderung ist schon mehrfach angesprochen worden. Ich sehe das ähnlich wie Kollege Röken als eine der ganz großen Herausforderungen an, die in den nächsten Jahrzehnten noch an Bedeutung gewinnen werden, Stichwort: demographisch verursachte Einwohnerverluste durch abnehmende Geburtenfreudigkeit und die Tatsache, dass die in den Städten ansässige Wohnbevölkerung einen immer höheren Altersdurchschnitt aufweist.

Gleichzeitig wird weiterhin das Umland wachsen. Es werden die jungen Leistungsstarken, die hoch Integrierten abwandern. Die Konsequenzen sind hier bereits erwähnt worden. Der Anteil der Problemgruppen in den Städten wächst dadurch. Der Stress, der auf diesen Städten liegt, ebenfalls. Wir müssen also gegensteuern. Täten wir es nicht, handelten wir uns schnell den Vorwurf ein, die Entwicklung verschlafen zu haben.

Auch die dadurch entstehenden Siedlungsstrukturen - auch darauf hat Herr Kollege Röken verwiesen - mit den hohen Verkehrsströmen, mit den

(C)

(D)

(Dr. Thomas Rommelspacher [GRÜNE])

(A) dispersen Flächennutzungen und dem hohen Ressourcenverbrauch - schaffen Probleme, die wir uns auf Dauer nicht leisten können. Auch hier müssen wir gegensteuern.

Wir werden über Bündelungen inhaltlicher und räumlicher Art unserer Fördermaßnahmen und über die laufenden Programme zur Revitalisierung der Städte das tun, was wir können. Wir werden das auch intensivieren. Wir werden dabei auch - auch das ist schon kurz angesprochen worden - die Möglichkeiten umsetzen, die die Wohnungspolitik bietet. Dabei werden wir durch die von Rot-Grün in Berlin jetzt beim Wohnungsbauförderungsrecht vorgenommene Reform einen entscheidenden Schritt weiterkommen.

Ich selbst kritisiere einen Teil dieser Berliner Reform. Ich sehe z. B., dass das Mindestengagement des Bundes im Mietwohnungsbau lediglich 250 Millionen Euro für die ganze Republik jährlich beträgt, was in mühsamen jährlichen Aktionen angehoben werden muss. Das halte ich für viel zu gering, vor allem wenn man dem die jährlich geschätzten ca. 20 Milliarden Euro, 40 Milliarden DM, gegenüberstellt, die in die Eigentumsförderung fließen. Da ist ein Missverhältnis. Da muss gegengesteuert werden.

(B) Ich sehe auch: Das neue Bundesgesetz lässt uns Ländern erhebliche Freiräume z. B. bei den Einkommensgrenzen, aber auch bei der Fehlbelegungsabgabe. Es wird uns im folgenden Jahr, im Jahr 2002, noch politisch beschäftigen, wie wir diese Freiräume sinnvoll und mit Verantwortung nutzen.

Meine Damen, meine Herren, für besonders sinnvoll und wichtig halte ich bei dieser Reform der Wohnungsbauförderung die Tatsache, dass wir von der Förderung breiter Schichten weg- und hin zur Konzentration der knappen öffentlichen Mittel auf die Problemgruppen des Wohnungsmarktes gegangen sind. Wir sind auch weggegangen, Herr Brendel - das ist Ihnen vielleicht noch nicht klar geworden -, von der Förderung der Kostenmiete hin zu einer Förderung, die sich an der Vergleichsmiete orientiert. Das ist ein Schritt in Ihre Richtung. Er ist auch sinnvoll. Und den akzeptieren wir.

In diesem Zusammenhang: Herr Schulte - ist er überhaupt noch da? -, ich weiß nicht, was Sie daran kritisieren. Sie kritisieren, dass es der Landesregierung gelungen ist, eine Mietpreisexplor-

sion zu verhindern. Himmel, Herrgott, hätten wir sie kommen lassen müssen und dann erst handeln sollen?

Sie kritisieren, dass kein positives Investitionsklima im Wohnungsbau herrsche. Ihnen ist genauso gut bekannt wie mir: 765 Millionen Euro werden wir im Haushalt des kommenden Jahres bereitstellen. Kein Bundesland gibt mehr. Wir sind da weit, weit vor allen anderen Bundesländern an der Spitze.

Dass wir das Wohnungsbauvermögen gegen Begehrlichkeiten des Finanzministers haben verteidigen können, ist doch eher des Lobes als der Kritik wert. Ich verstehe Ihre Position an dem Punkt überhaupt nicht. Wir werden - ich behaupte einmal - alles, was im Bereich Miet- und Eigentumsförderung im Lande sinnvoll ist, mit dem, was wir mobilisieren können, finanzieren, auch den Umbau der Siedlungen aus den 50er- und 60er-Jahren.

Meine Damen, meine Herren, die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Wir debattieren über einen Haushalt, der trotz der erfreulichen Tendenzen, auf die ich hingewiesen habe, natürlich unter dem Diktat der Sparsamkeit zustande gekommen ist. Dennoch bin ich zuversichtlich, dass uns dieser Haushalt das gibt, was wir brauchen, um den Problemen unserer Städte, unserer Ballungsräume, aber auch der Wohnungs- und Eigentumsförderung gerecht zu werden. Von daher gehe ich guten Mutes in das Jahr 2002 und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Rommelspacher. - Das Wort hat Herr Minister Dr. Vesper.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was in dieser Debatte vielleicht nicht hinreichend genug deutlich geworden ist, was ich deswegen gleich zu Beginn meiner Ausführungen betonen möchte, ist, dass Wohnungs- und Städtebau eines der wichtigsten Felder der Landespolitik ist, weil vieles andere - Arbeitsmarktzahlen, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen -, eben genau davon

(Minister Dr. Michael Vesper)

(A) abhängt, wie wir unsere Städte gestalten und wie wir unsere Städte in die Zukunft führen.

Genau aus diesem Grunde haben wir eine ganze Reihe von wichtigen Maßnahmen ergriffen. So haben wir unter Leitung des Ministerpräsidenten in diesem Jahr einen Baugipfel veranstaltet, auf dem wir mit der Bauwirtschaft und der IG Bau angesichts der wirklich schwierigen konjunkturellen Lage Gegenmaßnahmen besprochen haben. Ich möchte wegen der Kürze der Zeit nur ein Beispiel herausgreifen, nämlich das Vergabegesetz. Es ist, wie wir dort verabredet haben, vom Bundesrat in den Bundestag eingebracht worden. Jetzt wird es dort mit dem Ziel einer sehr zügigen Verabschiedung beraten.

Weil dieses Gebiet so wichtig ist, haben wir zweitens unsere Initiative zur StadtBauKultur ins Leben gerufen - eine Initiative, die gewissermaßen wie eine Klammer um das Haus, um das Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport wirken soll.

Darum haben wir drittens dem Wohnungsbau weiterhin eine große Priorität gegeben.

Darum haben wir viertens ein Programm zur Bekämpfung der Stadtflucht geschaffen.

(B) Und darum setzen wir fünftens qualitative Maßstäbe auch im eigenen staatlichen Hochbau um, schaffen weiterhin Neubauten, engagieren uns aber auch, die Bestandsbauten zukunftsfähig zu machen.

Meine Damen und Herren, wir blicken auf eine sehr erfolgreiche Wohnungsbaupolitik zurück. Wir wollen sie in den kommenden Jahren noch stärker gewichten. Dazu trägt bei, dass das, was die CDU/CSU/FDP-Koalition in Bonn und Berlin in zwei Legislaturperioden nicht geschafft hat, von der neuen Bundesregierung in zwei Jahren abgewickelt wurde, nämlich ein neues Wohnungsbaurecht, eine Wohnungsbaureform größten Ausmaßes, die auch uns leiten wird - ich teile manche Einzelkritik, auf die Herr Rommelspacher gerade hingewiesen hat, aber im Grundsatz ist es eine sehr gute Reform -, die auch in Nordrhein-Westfalen dazu führen wird, dass wir ein neues System der Wohnungsbauförderung einführen werden, das einfacher, flexibler und transparenter sein wird.

Der klassische soziale Wohnungsbau wird für neue Projekte spätestens ab Januar 2003 auch in Nordrhein-Westfalen nicht mehr umgesetzt wer-

den. Trotzdem bleibt Nordrhein-Westfalen das Land des sozialen Wohnungsbaus, denn über die Hälfte aller Sozialwohnungen befindet sich immer noch in unserem Land.

Ich habe nichts gegen die Subjektförderung, Herr Brendel. Die ist als Sozialleistung für einkommensschwache Haushalte nach wie vor nötig. Auch diese Reform ist endlich umgesetzt worden: Endlich haben wir die Wohngeldreform, die Herr Töpfer schon 1994 verkündete, hinbekommen. Aber auch die Objektförderung bleibt notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Die Wohnungswirtschaft handelt anders als andere Wirtschaftszweige mit einem sozialen Gut, auf das man nur um den Preis der Menschenwürde verzichten kann. Deswegen ist es wichtig, dass dort soziale Verantwortung weiter praktiziert wird und dass sich auch der Staat im Bereich der Objektförderung engagiert.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der dem sozialen Wohnungsbau weiterhin einen angemessenen Stellenwert beimisst. Herr Schulte, warum soll ich traurig darüber sein, wenn das Parlament, wenn die Koalitionsfraktionen beantragen und später beschließen werden, noch mehr für die Wohnungsbauförderung zu tun? Ich empfinde es als eine Unterstützung meiner Arbeit und bin beiden Koalitionsfraktionen dafür dankbar.

In dieses Bild passt, dass der Abruf des Wohnungsbauprogramms 2001, außerordentlich positiv gelaufen ist. Wir haben im Bereich des Neubaus von Miet- und Genossenschaftswohnungen insgesamt eine Realisierungsrate von 92 %. Von 12.000 Programmeinheiten sind über 11.000 realisiert worden. Ihre Kassandrarufer, lieber Herr Schulte, sind völlig unangebracht. Es bleibt eine politische Daueraufgabe, Menschen innerhalb der Einkommensgrenzen dauerhaft mit Wohnraum zu versorgen.

Lieber Thomas Rommelspacher, auch ich bedaure natürlich, dass die Zahl 230 Millionen Euro im neuen Bundesgesetz als Mindestzahl festgeschrieben ist, wobei das auch in der vorherigen Rechtslage - allerdings in DM ausgedrückt - mit 450 Millionen DM ebenfalls der Fall war. Gerade das kommende Jahr 2002 zeigt, dass es sich um eine Mindestzahl handelt, denn die Berliner Koali-

(C)

(D)

(Minister Dr. Michael Vesper)

(A) tion hat den Verpflichtungsrahmen um 70 Millionen Euro aufgestockt, was für Nordrhein-Westfalen zusätzliche Spielräume eröffnet, über die ich natürlich froh bin.

Nun komme ich noch einmal zur Städtebauförderung und zu unserem 10-Milliarden-Programm. Herr Schulte, wir kennen uns jetzt schon sieben Jahre. Man sagt immer, Sauerländer - und insbesondere Herr Schulte - sind trocken. Wenn es um Städtebauförderung und das 10-Milliarden-Programm geht, wird sogar Herr Schulte lyrisch.

(Beifall von Volkmar Klein [CDU])

Er bringt statt nüchterner Zahlen lyrische Formulierungen. Ich habe gestaunt und bin Ihnen dankbar dafür. Vielleicht sollten Sie, statt sich in solche Wortkanonen zu flüchten, mit dem beschäftigen, was wir dort tun. Herr Schulte, ich bin sicher, jedes einzelne Programm, das wir dort machen, findet nicht nur Ihre Billigung. Ich führe jeden Plenartag etliche Gespräche mit Abgeordneten auch von der CDU- und der FDP-Fraktion, die für ihren Wahlkreis eine Umsetzung dieser Programme wünschen. Ich bin natürlich gerne bereit, Ihnen zu helfen, auch nach dieser Rede.

(B) Lieber Herr Schulte, Sie können mir ernstlich nicht vorwerfen, dass ich versuche, eine solche finanzielle Kraftanstrengung - 10 Milliarden DM in einer Legislaturperiode - gut zu verkaufen. Wenn ich das nicht täte, würde ich meinen Job nicht gut machen. Sie müssen sich schon damit abfinden, dass die Landesregierung versucht, ihre Programme optimal in die Öffentlichkeit zu bringen nach dem Motto "Tue Gutes und rede darüber".

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen in der Tat die Innenstädte zum Zentrum unserer Politik machen. Das tun wir in verschiedenen Programmen. Ich empfinde es deswegen als einen großen Erfolg, dass es trotz der enormen Sparzwänge gelungen ist, die Städtebauförderung auf einem hohen Niveau fortzuführen. Damit tragen wir nicht nur dazu bei, die Investitionsquote im Landeshaushalt zu stärken, sondern ich bin auch froh, dass mit diesen Mitteln der enormen Nachfrage vonseiten der Städte und Gemeinden nach diesen Investitionen nachgekommen werden kann. Es ist so, dass die Nachfrage immer noch das Vier- bis Fünffache dessen beträgt, was wir im Landeshaushalt trotz einer Steigerung zur Verfügung stellen können.

(C) Wir werden wieder Schwerpunkte bilden und Prioritäten setzen. Wir werden versuchen, die Innenstädte noch stärker ins Zentrum zu rücken. Die liegen unseren Bürgerinnen und Bürgern am Herzen. Deswegen werden wir einige wichtige und Profil gebende Projekte durchführen. Insbesondere nenne ich unsere Aktion "Ab in die Mitte", die City-Initiative Nordrhein-Westfalen, die wir gemeinsam mit dem Handel und den Medien durchführen.

Darüber hinaus werden wir das Programm "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf" im kommenden Jahr fortsetzen, denn wir müssen alles tun, um der sozialen Polarisierung in unseren Städten Einhalt zu gebieten.

Außerdem haben wir einen weiteren Schwerpunkt geschaffen. Er betrifft die Bahnhöfe, die Bahnhofflächen und überhaupt die entbehrlichen Flächen der Deutschen Bahn AG, die häufig genug mitten im Herzen unserer Städte liegen und die wir deswegen für städtisches Leben, für Urbanität zurückerobern müssen.

(D) Darüber hinaus werden wir die Städtebauförderung noch mehr als in den letzten Jahren zur Strukturförderung einsetzen, um die wirtschaftsnahe Infrastruktur auszubauen. Hier ist die Multiplikatorenwirkung mit 1 : 8 - das heißt: für 1 DM Fördermittel 8 DM Investitionen - geradezu sensationell hoch. Deswegen werden wir auf diesem Wege weitergehen.

Last but not least werden wir auch den Grundstücksfonds weiterführen, auch wenn die FDP oder die CDU - ich weiß gar nicht mehr, wer von beiden;

(Zurufe von der FDP: Beide!)

gut, das ist der eine Punkt, in dem sie sich einig sind - ihn abschaffen wollen. Nein, der Grundstücksfonds wird auch 2002 mit voller Kraft weiterarbeiten. Ich nenne als Beispiele Phoenix-West in Dortmund, Graf Bismarck in Gelsenkirchen oder die Zeche Anna in Alsdorf.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die Zukunft unserer Städte entscheidet über die Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb freue ich mich auf ein arbeitsreiches, interessantes und reformfreudiges Jahr 2002. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(A) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Minister Vesper. - Wir sind damit am Ende des Teils a) Städtebau und Wohnen.

Ich rufe jetzt den nächsten Teilbereich auf:

b) Kultur

Als erstem Redner erteile ich Herrn Blömer für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Richard Blömer (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die diesjährigen Haushaltsplanberatungen geben Anlass, die Kulturpolitik der Landesregierung insgesamt einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, Herr Minister.

Als wenige Monate vor der Landtagswahl die vom Ministerpräsidenten eingesetzte Kommission "Kultur NRW in Europa" ihre Vorschläge vorlegte, waren die kulturinteressierten Bürger dieses Landes zunächst überrascht und vor allem auch neugierig auf den Fortgang der damals von Ihrer Vorgängerin, Frau Ministerin Brusis, angekündigten Diskussion. Nun mag ja sein, dass in der Zwischenzeit wirklich etwas stattgefunden hat, wenn aber überhaupt, dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Auch dafür mag es ja durchaus Gründe, vielleicht keine guten, gegeben haben. Wir stellen jedenfalls heute fest, dass außer der von der Kommission nicht vorgeschlagenen Ruhr-Triennale eine Umsetzung der Experten Anregungen unterblieben ist. Ihre Kulturpolitik, Herr Minister, bewegt sich in bekannten Bahnen: Fehler werden wiederholt, neue gemacht, und notwendige Innovationen bleiben weitgehend aus.

(B)

Es war ein Fehler, Herr Minister, ausgerechnet bei den Bibliotheken sparen zu wollen. Sie hätten wissen müssen, dass das eine Zumutung für alle Kulturpolitiker war. Ich habe es als peinlich empfunden, dass Sie von der öffentlichen Reaktion innerhalb und außerhalb des Parlaments, vor allem aber von Ihrem sozialdemokratischen Koalitionspartner auf diese Art und Weise zurückgepfiffen worden sind. Herr Minister, Sie haben eben gesagt: "Tue Gutes und rede darüber." Ich möchte Ihnen empfehlen, zukünftig erst zu reden und dann Gutes zu tun. Denn hätten Sie sich bei der SPD vergewissert, wäre es sicher nicht zu diesem Eklat gekommen.

Lieber Herr Kollege Keymis, ich habe Ihren Brief, Ihre kommunalpolitische Information gelesen. Es wäre gut gewesen, Sie hätten sich vorher mit Ihrem Minister kurzgeschlossen und hätten ihn von dieser Idee abgehalten. Dann hätten wir den ganzen Ärger nicht gehabt.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Die Vermittlung von Lesefähigkeit, die Förderung von Medienkompetenz, insbesondere auch im Bereich der elektronischen Medien, die Förderung neuer Kooperationsmodelle kleinerer Bibliotheken ist nicht nur kommunale, sondern, Herr Minister, muss auch landespolitische Pflichtaufgabe bleiben. Die Versuche, Ihre kulturpolitische Verantwortung auf die Kommunen mit dem Hinweis abzuschieben, dass die Finanzlage der Kommunen im Vergleich zu derjenigen des Landes günstiger ausfällt, sind nicht nur dreist, sondern verkennen die finanzielle Situation, in der sich unsere Städte und Gemeinden dank der Steuerpolitik Ihrer Koalition in Berlin befinden.

Vor diesem Hintergrund ist es bestürzend und unverschämt, die Förderung des Denkmalschutzes einzustellen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mit einer unglaublichen Rücksichtslosigkeit burden Sie in diesem Bereich den Kommunen zusätzliche Lasten auf. Es wird sich zeigen, dass die denkmalpflegerischen Aktivitäten im Lande erheblich eingeschränkt, wenn nicht sogar ganz zum Erliegen kommen werden. Dies ist umso dramatischer, als Sie damit auch den zahlreichen ehrenamtlich Tätigen in den Heimatvereinen und Kulturvereinen die finanzielle Grundlage für ihre segensreiche und erfolgreiche Arbeit entziehen.

(D)

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister, Sie tragen damit die Verantwortung für einen zu befürchtenden Rückgang des kulturellen Engagements von Tausenden von ehrenamtlichen Helfern in den Kultur- und Heimatvereinen.

Ich empfehle Ihnen, einen Blick in das Protokoll der Plenarsitzung vom 25. Februar 2000 zu werfen. Die rot-grüne Koalition hatte in einem Antrag zum Denkmalschutz wohl wegen des bevorstehenden Wahlkampfes die beachtenswerten Ergebnisse des Denkmalschutzgesetzes NRW gewürdigt, die auch wir übrigens positiv sehen. Die Kol-

(Richard Blömer [CDU])

- (A) legin Herrmann vom Bündnis 90/Die Grünen hat in dieser Sitzung den Menschen gedankt, die sich ehrenamtlich und mit großem persönlichen Engagement in den Kunst- und Heimatvereinen für den Erhalt der Baudenkmale einsetzen. Prima, wunderbar, das kann von uns in vollem Umfang unterstrichen werden.

Wir hätten uns gewünscht, dass sich dieser Dank in Ihrem Handeln, in Ihrem Hause fortgesetzt hätte. Ich sage Ihnen eines: Die Reduzierung der Denkmalpflegefördermittel für kirchliche Bauten stellt auch die Kirchen in unserem Land vor unlösbare Probleme. Zu Recht verweist der Beauftragte der evangelischen Kirchen beim Landtag darauf, dass der Erhalt kirchlicher Gebäude auch als identitätsstiftende Kulturgüter eine gemeinsame Angelegenheit von Kirche und Staat ist.

(Beifall bei der CDU)

Zu Recht hatte der frühere Kollege Grätz von der SPD in der Plenardebatte im Jahr 2000 darauf hingewiesen, dass Denkmalpflege arbeitsintensiv ist. Denkmalpflege schafft Investitionen, Denkmalpflege heißt Förderung von Mittelstand und Handwerk, Denkmalpflege heißt Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

- (B) Aber Ihr Haus, Herr Minister, ist ja bedauerlicherweise für den wirtschaftsfördernden Aspekt von Kulturpolitik nicht zuständig. Nicht das Kulturministerium, sondern das Wirtschaftsministerium ist für die Abgabe des Kulturwirtschaftsberichts zuständig. Sie sollten sich fragen, warum das so ist. Wird hier nicht eine absolute Geringschätzung des Kulturministeriums durch den Ministerpräsidenten und die stärkere Fraktion in Ihrer Koalition deutlich?

Sie müssen sich auch fragen lassen, warum Sie im Kabinett mit den Empfehlungen der Kulturkommission nicht weitergekommen sind. Wo bleibt das empfohlene Netzwerk von Veranstaltungsorganisationen mit dem Arbeitstitel "Kunstprojekte NRW", das eine zentrale Bedeutung erhalten sollte? Wir stellen fest: Fehlanzeige. Bisher haben Sie lediglich die vorgeschlagene Bespielung von ehemaligen Industriebauten im Ruhrgebiet im Rahmen der Ruhr-Triennale aufgegriffen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung: Die CDU-Fraktion sieht in der Ruhr-Triennale eine große Chance für diese Region - eine Chance aber nur dann, wenn nicht am Ende der schöne Schein verblasst und die Alltagstristesse Einzug hält.

Wir erwarten von der Ruhr-Triennale eine nachhaltige Sicherung des kulturellen Angebots an der Ruhr. Uns treibt die Sorge, dass - darauf deutet ja die nunmehr nicht länger zu unterdrückende Nachricht über die neue Tätigkeit von Herrn Mortier in Paris hin - nach dem Millionenfeuerwerk in Wahlkampfjahren nichts bleibt außer enttäuschten Hoffnungen und frustrierten Kunstinteressierten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister, Sie haben der Kollegin Capune-Kitka in der Kulturdebatte des letzten Plenums vorgeworfen, Mortier wegre-den zu wollen. Herr Mortier wird nicht weggeredet. Er hat sich vor Erledigung seiner Aufgabe bereits einer zukünftigen Aufgabe zugewandt. Dies ist ein mehr als unsensibler Umgang mit den Menschen, die auf ihn setzen, und für das Land, das für ihn zahlt.

Verbleiben wir noch einmal bei der Expertenkommission. Sie hat empfohlen, die freie Theaterszene in unserem Land in besonderer Weise zu fördern und in mindestens sechs Theaterstädten mit einem Kostenvolumen von 2,4 Millionen DM finanzielle und organisatorische Voraussetzungen für freie Theater zu schaffen. Sie hat vorgeschlagen, das Projekt eines europäischen Theaters mit festem Sitz in einer nordrhein-westfälischen Theaterstadt zu initiieren. Sie hat ebenso vorgeschlagen, sowohl den kleinen NRW-Theatern für die Bereinigung von Struktur-mängeln als auch der Rheinoper in Düsseldorf sowie der Oper in Köln zur Schaffung eines internationalen Spitzenniveaus zusätzliche Gelder zur Verfügung zu stellen. Es ließen sich noch zahlreiche weitere Beispiele anführen. Ich will es zunächst einmal bei diesen belassen.

Wir erwarten nach der Pressekampagne vor der Landtagswahl endlich Initiativen zur Umsetzung des Papiers der Expertenkommission. Wir erwarten darüber hinaus den aktiven Beitrag der Landesregierung zur Befriedigung des Investitionsbedarfs, der in den letzten Jahren für Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen kommunaler Theatergebäude in Höhe von mindestens 170 Millionen DM aufgelaufen ist. Diese Zahlen stammen aus Ihrem Hause. Wir fürchten, dass sie den realen Investitionsbedarf bei weitem nicht darstellen.

Die Landesregierung muss die Probleme der theatertragenden Städte nicht nur zur Kenntnis, sondern ernst nehmen, um die lebendige Theaterlandschaft Nordrhein-Westfalens auf Dauer zu erhalten.

(C)

(D)

(Richard Blömer [CDU])

(A) Ein ganz besonderes Problem ist in diesem Zusammenhang die Situation der Kinder- und Jugendtheater. Wir hätten es sehr begrüßt, wenn Sie dieser kulturpolitisch bedeutenden Aufgabe besondere Aufmerksamkeit gewidmet hätten. Schließlich hat der Arbeitskreis Kinder- und Jugendtheater in der Kooperative freier Theater bereits 1998 von der Landesregierung ein Konzept gefordert und zu einer gerechteren Lastenverteilung zwischen Land, Kommunen und anderen aufgerufen. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie zukünftig auf die Weiterentwicklung öffentlicher wie privater Kinder- und Jugendtheater ein besonderes Augenmerk richten.

Angesichts der gegenwärtig angespannten Haushaltslage des Staates müssen wir verstärkt über andere Finanzierungsmöglichkeiten wie die Ausgliederung von Museen aus dem Bereich der öffentlichen Hand, den Schritt in Public Private Partnership und eine Öffnung für betriebswirtschaftliche Professionalität nachdenken. Die Frage nach der am besten geeigneten Rechts- und Organisationsform lässt sich pauschal nicht beantworten. Verwaltungsreformen, neue Steuerungsmodelle und die Änderung des Stiftungsrechts werden im Bereich der staatlichen Museen größere Flexibilität und Synergieeffekte schaffen. Budgetierung und die ihr nachfolgende Kosten- und Leistungsrechnung werden die Selbstständigkeit und die Handlungsfähigkeit der Häuser erhöhen.

Wir erwarten von der Landesregierung, den Kommunen die Möglichkeit zu geben, ihre Museen tatsächlich in andere Rechtsformen und in andere Trägerschaften überleiten zu können; denn das - so denke ich - wird die finanzielle Situation in diesem Bereich verbessern.

Meine Damen und Herren, die Kulturpolitik des Landes darf sich nicht nur auf die Förderung von Leuchttürmen und Events beschränken. Das sage ich in jedem Jahr erneut. Folgendes gilt in diesem wie in den vergangenen Jahren und auch zukünftig: Die Kulturförderung des Landes muss dafür Sorge tragen, dass im Verbund mit den Kommunen die Vielfalt des kulturellen Angebots und die Grundsubstanz erhalten bleiben.

Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir arbeiten im Kulturausschuss sehr kollegial und sachlich zusammen. Wir sind nicht immer einer Meinung. Wie könnte das sein? Wir sind ja politisch unterschiedlicher Auffassung. Weil wir das sind und weil wir die Kulturpolitik ganz erheblich

anders einschätzen als Sie, Herr Minister, und die Sie tragende Koalition, lehnen wir diesen Kulturhaushalt ab. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Blömer. - Für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Böcker das Wort.

Manfred Böcker (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz aller Nörgeleien der Opposition stelle ich fest: Die Kultur blüht und gedeiht in Nordrhein-Westfalen ganz hervorragend.

(Beifall bei der SPD)

Sie gedeiht auch in Zeiten knappen Geldes. Das erfüllt mich mit großer Freude.

Es wäre gut, wenn wir in der Debatte nicht immer nur herumnörgelten, sondern nach vorne schauen und den Menschen in diesem Lande Mut machen, die sich mit Kultur beschäftigen und die mit Kultur und durch Kultur mithelfen, das Land Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln.

Herr Blömer, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede das so genannte Expertengutachten angesprochen. Es ist ein Gutachten, das lange zurückreicht. Es entstand unter Frau Ministerin Brusis. Aber Sie verwechseln, so glaube ich, eines: Expertengutachten sind kein Regierungsprogramm und schon gar nicht eine direkte Handlungsanweisung für die Politik. Vielmehr ist damals nach einer Bestandsaufnahme der Gedanke aufgegriffen worden, auch Ideen von außen hereinzuholen in die Diskussion in Nordrhein-Westfalen, um zu gucken, was man verändern kann, was man verändern muss und was man davon aufnehmen kann.

Es hat mich ein bisschen gestört, dass Sie alles Mögliche fordern, aber kein Wort zu der Enge des Haushaltes oder dazu gesagt haben, dass wir eine gemeinsame Verpflichtung haben, sparsam mit dem Geld des Steuerzahlers umzugehen.

Sie haben auch nicht gesagt, dass es uns gerade in diesen schwierigen Zeiten gelungen ist, im Kulturhaushalt nicht nur Kürzungen und Streichungen abzuwenden, sondern zu erreichen, dass in diesem Haushalt für das Jahr 2002 der Kulturhaushalt im Gegensatz zu vielen anderen Teilhaushalten steigt. Das ist ein Verdienst der Regierungskoalition.

(C)

(D)

(Manfred Böcker [SPD])

(A) Wegen der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Redezeit will ich die breite Palette der Kultur hier nicht darstellen, sondern mich nur auf einen Punkt beschränken, den Sie ausgeführt haben, nämlich die Bibliotheksförderung. Herr Blömer, es ist stimmt, dass die Bibliotheksförderung nach dem Haushaltsentwurf der Landesregierung gestrichen war. Das hat mir zwar nicht gefallen; es ist aber gutes Recht der Regierung, so etwas in einem Entwurf zu tun.

Wir haben den Minister nicht zurückgepiffen, sondern wir haben ihn mittlerweile davon überzeugt, dass es in diesen Zeiten gut und sinnvoll ist, gerade die Bibliotheksförderung im Haushalt so zu belassen, wie sie war: mit rund 5 Millionen DM. Die Bibliotheksförderung ist aber auch noch aus einem anderen Grund wichtig: Wir beklagen allenthalben, dass Leseförderung Not tut, dass das Leseverständnis nur mangelhaft ausgeprägt ist und dass das Buch seinen Stellenwert behalten wird. Davon bin ich auch angesichts von Internet und sich weiterentwickelnder neuer Medien und Angebote überzeugt. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir auch in Zukunft die Bibliotheken fördern.

(B) Ich bin froh darüber, dass es uns gelungen ist, über die Umstellung auf den Weg der Projektförderung vor drei Jahren nun auch zu erreichen, dass das von den Bibliotheken angenommen wird und sie versuchen, den Spagat zwischen der Umrüstung und der Neuorientierung auf die neuen Felder der Kulturpolitik hinzubekommen. Ganz deutlich: Bibliotheksförderung macht einen Großteil der Kulturpolitik aus. Das sage ich ohne Wenn und Aber. Sie ist wichtig.

Da Sie die Triennale angesprochen haben, muss ich darauf antworten. Mit großer Genugtuung habe ich Ihren Wandel zur Kenntnis genommen. Anfänglich hatten Sie die Triennale noch in Bausch und Bogen abgelehnt, während Sie jetzt zumindest sagen: Die Triennale ist eine Chance für Nordrhein-Westfalen. Bravo, Herr Blömer, das finde ich gut. Das ist in Ordnung und das sehe ich auch so.

Im gleichen Atemzug fragen Sie dann nach Wenn, Wo und Wie. Dazu fällt mir nur ein: Wenn morgen der Himmel herunterfällt, sind alle Spatzen tot. Freuen wir uns doch darüber, dass es uns gelungen ist, mit Herrn Mortier eine ganz hochrangige Persönlichkeit im Kulturbereich zu gewinnen.

(Manfred Palmén [CDU]: Wie lange ist der noch da?)

(C) - Ich komme gleich auf Ihren Zwischenruf zurück.
- Freuen wir uns doch darauf, dass er bereit ist, diese Aufgabe für das Land anzunehmen. Ich bin fest davon überzeugt, dass er hier nicht nur ein Feuerwerk abbrennen wird, sondern etwas installiert, das - in welcher Form auch immer - zumindest eine nachhaltige Wirkung entfalten wird.

Ich zitiere aus der "WAZ" von heute, in der zu diesem Thema steht: Weltstars im Ruhrgebiet - Programm der Triennale nimmt Konturen an. Große Namen und kühne Projekte sollen der Ruhr-Triennale im Jahre 2002 Sogkraft verschaffen.
- Ich bin fest davon überzeugt, dass das gelingen wird.

Nun zur Person von Herrn Mortier. Es ist ein völlig normaler Vorgang, dass wir als Land Nordrhein-Westfalen einen Vertrag mit Herrn Mortier als Partner geschlossen haben. Dieser Vertrag gilt bis zum Jahre 2004. Dass bei der langfristigen Orientierung solcher namhafter Künstler schon Anschlussverträge in der Verhandlung sind und Herr Mortier vor hat, dann nach Paris zu gehen ---

(Michael Solf [CDU]: Der arbeitet doch schon vorher für Paris!)

(D) - Nein. Das spielt keine Rolle. Sie setzen etwas in die Welt und implizieren mit Ihrer Behauptung, er würde seine Aufgabe hier nicht erfüllen. Wir haben aber einen Vertrag mit ihm, und ich bin fest davon überzeugt, dass er seine Aufgabe hervorragend erledigen wird. Viele von uns werden sich auf die Veranstaltungen freuen und sie erleben können. Dass Herr Mortier nach dem Jahre 2004 nach Paris geht, ist ein völlig normaler Vorgang.

Zum Theater und den Theaterinvestitionen wird mein Kollege Keymis gleich noch etwas sagen. Deshalb will ich diese Themen hier aussparen. Theaterinvestitionen als kommunale Aufgabe konfrontieren uns mit der Situation, dass es sicherlich nicht an der Zeit ist, ein neues Investitionsprogramm aufzulegen, das durch das Land finanziert wird. Aber Theaterförderung allgemein wie auch die Orchesterförderung werden uns in den nächsten Jahren selbstverständlich weiter beschäftigen.

Ziehe ich den Theaterdonner ab, der hier manchmal von der Opposition veranstaltet wird, muss ich feststellen: Bis auf Ihre Wünsche und Forderungen nach mehr Geld für einzelne Bereiche haben wir Ihnen wohl nicht allzu viel Angriffsfläche geboten. Vielleicht hat auch - das will ich gerne bestätigen - die sehr gute Atmosphäre der Zu-

(Manfred Böcker [SPD])

(A) Zusammenarbeit im Kulturausschuss dazu beigetragen.

Dass Sie sich aber alle Jahre und immer wieder hier im Plenum hinstellen und das Klagelied des Jeremia anstimmen, finde ich gar nicht so toll. Langsam wird das auch uninteressant. Ich kann Ihnen das im Alten Testament als Lektüre empfehlen. Dann wissen Sie, was ich meine.

Kurzum: Wir sind froh, einen Kulturhaushalt vorlegen zu können, der die Vielfalt in Nordrhein-Westfalen sichert, die Breite und die Spitze berücksichtigt. Ich bin sicher, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr gut mithalten können. Ich bin sicher, dass wir diese Arbeit unter diesem Minister erfolgreich fortsetzen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Böcker. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Capune-Kitka das Wort. Bitte schön.

(B) **Brigitte Capune-Kitka (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Der von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf, der ja ein ganz ehrlicher Haushaltsentwurf sein sollte, hat die Bürger und Bürgerinnen, die Bibliothekenbesucher, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bibliotheken, die privaten Denkmalschützer und die Kultursekretariate mobilisiert. Auch wenn die Koalition versucht hat, Schadensbegrenzung zu betreiben, bleibt ein schaler Nachgeschmack, der sich wie ein roter Faden durch die Haushaltsdebatten zieht: Möglichst viele finanzielle Belastungen für die Kommunen und Leuchtturmprojekte für die Landesregierung!

(Beifall bei der FDP)

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht auf Herrn Mortier eingehen. Sie werden uns ja gleich sicherlich antworten, und am 30. Januar werden wir erneut darüber reden. Das bleibt auch ein roter Faden der Kulturpolitik, Herr Vesper. Aber Sie sehen ja: Wir schlafen nicht ein.

Herr Böcker, zu Ihnen: Wenn Sie alles richtig machen würden, bräuchten wir nicht zu nörgeln. Ganz schlicht.

(Beifall bei der FDP)

(C) Auch das Mittel der globalen Minderausgaben verschleiert nur die Tatsache, dass im Ministerium am Ende weniger Geld für die kulturelle Grundversorgung übrig bleibt.

Jetzt komme ich nur auf unseren Antrag zu sprechen. Alles andere lasse ich weg, weil es schon erwähnt worden ist. - Brisant wird die Diskussion um die Förderung spezieller Projekte der Bibliotheken vor dem Hintergrund von PISA. Ich meine, PISA ist genau zum richtigen Zeitpunkt gekommen. Es ist schon ein geflügeltes Wort: Es steht ein schiefer Turm nicht nur in Pisa, sondern auch in unserem Land. Unser "schiefer Turm" wird allerdings nicht Weltkulturerbe werden wie der schiefe Turm in Pisa. Ich denke, es gibt einiges für uns zu tun. Es bleibt eher ein Mahnmal des Handelns wider besseren Wissens.

Die Schulstudie PISA bringt ans Licht, was viele Pädagogen schon lange wussten: Die Lesekompetenz der deutschen Schüler liegt weit unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten. Viel schlimmer noch: Unser Land der Dichter und Denker wird nur von einer Gruppe wie Tschechien, Ungarn, Polen und Griechenland "geschlagen". Fast 23 % aller Jugendlichen in unserem Lande sind lediglich fähig, auf einem elementaren Niveau zu lesen. Jeder fünfte Schüler kann nicht richtig lesen, fast jeder zehnte Schüler schafft es nicht, einen Fahrplan oder Beipackzettel zu lesen. Das ist übrigens eine Grundvoraussetzung für später, besonders deshalb, weil es einem in der Reklame ja immer gesagt wird.

(Unruhe)

(D) Alarmierend ist auch das Freizeitleseverhalten der Jugendlichen. Nahezu die Hälfte aller 15-jährigen würde niemals in der Freizeit ein Buch lesen. Hier ist Deutschland sogar Schlusslicht in der Studie. Übrigens kannte ich es aus der Schule, dass für viele Eltern die Schullektüre des Kindes neben dem Telefonbuch das erste Buch in ihrem Haushalt war. Wenn wir Kinder und Eltern nicht ans Lesen bringen, wenn wir es nicht schaffen, Leseförderung in der Schule durchzuführen, dann haben wir nur noch die Bibliotheken. Deshalb müssen wir mit den Bibliotheken zu den Kindern kommen. Wir müssen Medienkompetenz fördern.

Herr Vesper, liebe Koalition, genau aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt, nicht zu kleckern, sondern zu klotzen, zu sagen, was wir schon mit den 5,4 Millionen DM geschafft haben und was wir unter dem Gesichtspunkt der Bil-

(Brigitte Capune-Kitka [FDP])

(A) dungsoffensive, die die Koalition auf ihr Schild geschrieben hat, mit 10 Millionen DM schaffen könnten. Mit 10 Millionen DM könnten wir z. B. eine Vernetzung von Bibliotheken mit Schulen schaffen. Wir könnten ein Intranet schaffen, und wir könnten es schaffen, dass Schüler lernen zu lesen, aber auch selbstständig zu arbeiten und mit dem Medium Buch ganz anders als bisher umzugehen. Leseförderung heißt auch, Konzentrations- und Ruheräume zu schaffen, um sich zurückziehen und Fantasie entwickeln zu können. Sinnerfassendes Lesen in der Vorbereitung von Referaten, selbstständiges Lernen - das müssen die Ziele sein. Das schaffen wir eben in erster Linie und am besten mit unseren Bibliotheken, die das Buch zum Schüler bringen und Projekte verwirklichen können. Dieses Potenzial ist für uns unverzichtbar.

Ich denke auch, dass über unseren Antrag unter diesem Gesichtspunkt noch einmal nachgedacht werden könnte, nicht unter dem Gesichtspunkt Kultur, sondern unter dem Gesichtspunkt Bildung, Herr Vesper. Das ist ein ganz wichtiges Thema für diese Koalition.

(B) Ich komme zu einem letzten Punkt. Ich möchte nicht mehr über die Denkmalpflege sprechen. Das hat Herr Blömer schon getan. Ich hoffe nur nicht, dass sich das für uns als ein Bumerang erweist. In vielen Städten, die im Zweiten Weltkrieg zerstört wurden, sind nur noch wenige alte Häuser in privater Hand. Ich hoffe nicht, dass die Eigentümer den Mut verlieren, weiterzumachen, bzw. deren Denkmal zerstört wird. Diese Häuser konnten wir bisher mit geringen Mitteln des Landes aber immerhin fördern. Ich hoffe deshalb, dass Sie unserem Antrag folgen werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Capune-Kitka. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Keymis das Wort. Bitte schön.

Oliver Keymis (GRÜNE): Verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen! Kollege Böcker hat schon die gemeinsamen Ziele, die wir in den Verhandlungen zum Haushalt 2002 umgesetzt haben, zu Genüge beschrieben. Ich will das ein bisschen ergänzen

und ein paar Details erwähnen, die wir miteinander verhandelt und mit in das Paket hineingeschnürt haben. (C)

Ich möchte aber auch gerne einen Satz zu Herrn Mortier sagen, weil das von Ihnen so engagiert angesprochen wird. Es ist in dieser Branche eigentlich üblich, dass man längerfristige Verträge macht und auch im Fünf- oder Zehnjahresrhythmus wechselnd Stellen antritt. Sie wissen das. Herr Mortier hat sich entschieden, ab 2004 in die Leitung einer Pariser Oper einzusteigen. Das ist sein gutes Recht und völlig in Ordnung. Er hat bis dahin fest vereinbart, hier die Aufgaben wahrzunehmen, für die er angetreten ist. Das ist noch besser so. Wir alle freuen uns auf die Arbeit, auf die Ergebnisse und auf das, was wir unter dem immer noch vorhandenen Stichwort Triennale in diesem Land kulturell erleben werden. Herr Abgeordneter Palmen, da sind wir uns alle einig, glaube ich.

(Zuruf von der CDU)

Die Bibliotheksförderung des Landes bleibt 2002 erhalten. Wir haben das bereits besprochen. Herr Blömer, ich freue mich, dass Sie die kommunalpolitischen Rundbriefe der Grünen auch lesen. Sie sind immer sehr informativ und ausgesprochen lehrreich. (D)

(Richard Blömer [CDU]: Lehrreich sind sie!)

Sie merken daran auch, dass wir durchaus eigene politische Vorstellungen entlang der Politik entwickeln, die wir hier gemeinsam im Landtag tragen. Das ist auch gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Bravo!)

Wir haben noch ein paar Schwerpunkte im Bereich Kinder- und Jugendtheater gesetzt. Das wurde eben angesprochen. Wir wollen den Ansatz um 150.000 Euro erhöhen, damit wir wie im letzten Jahr zeigen können, dass Kinder- und Jugendtheater für uns von Bedeutung ist. Es hat ganz viel mit Sprache, aber auch viel mit Fantasie und mit Bildwelten zu tun, die entwickelt werden, die die Kinder mitvollziehen können. Insofern ist uns gerade dieser Bereich wichtig. Das drücken wir mit dieser bescheidenen Erhöhung aus.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ganzheitliche Entwicklung!)

Wir werden die Kultursekretariate stärken, nicht schwächen, wie es angedeutet wurde. Wir wer-

(Oliver Keymis [GRÜNE])

(A) den dafür Mittel im Rahmen der Möglichkeiten umschichten, die wir ins Auge gefasst haben.

Der Dialog der Kulturen ist auch ein dringendes Thema. Deshalb werden wir die Mittel für die internationale Kulturpolitik um rund 250.000 Euro anheben. Auch das ist gut und richtig so.

Sie sehen also, dass wir versuchen, in den Zeiten, in denen wir leben, mit den Mitteln, die wir haben, vernünftig umzugehen und Schwerpunkte und so kulturpolitische Zeichen zu setzen, die ein Stück grün, ein Stück rot und somit gut sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen aber auch noch eine kleine Vision vortragen, und ich freue mich, wenn Sie herzlich lachen können, weil ich natürlich auch Träume und Visionen habe, die über das, was wir hier haushaltspolitisch verhandeln, weit hinausgehen. Ich will das an einem Erlebnis aufhängen, das ich dieser Tage immer öfter habe: Immer wenn ich unseren Innenminister sehe, freue ich mich und denke an einen englischen Song mit dem Titel "Baby, you've got it". Er hat es nämlich, er hat das Sicherheitspaket, und dieses Sicherheitspaket umfasst - wir sprechen, weil es so schön ist, noch einmal von DM - 370 Millionen DM in vier Jahren, also 90 Millionen DM per anno

(B)

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Herr Palmen, Sie wissen, wie viel das ist -, und das trotz der angespannten Haushaltslage. All das erinnert mich an ein Wort des Havanna-Liebhäbers Ernesto Che Guevara. Er hat einmal gesagt: Seien wir realistisch, fordern wir das Unmögliche! - Damit hat er nicht das Sicherheitspaket in NRW gemeint

(Allgemeine Heiterkeit)

und auch nicht den Metrorapid. - Aber was hat das alles mit Kultur zu tun?

(Beifall bei der FDP)

Was hat das mit der PISA-Studie - die Kollegin hat darauf hingewiesen - zu tun, oder was hat PISA mit Kultur zu tun? - Auch für mich steht fest: Es gibt Schieflogen, wir alle lernen das im Moment. 15-jährige Schülerinnen und Schüler können nicht oder nur schlecht lesen und schreiben - Platz 21: Setzen! Und das ausgerechnet

- mit Mathe steht es auch nicht viel besser - im Lande der Dichter und Denker, im Lande von Schiller und Goethe, Lessing und Herder, Heine und Marx, im Lande von Bert Brecht, Thomas Mann, Günter Grass. (C)

(Zurufe und Heiterkeit bei der FDP)

Aber im Ernst - jetzt werden Sie vielleicht gleich nicht mehr ganz so laut lachen -: Wen hat denn das Ergebnis der PISA-Studie im Lande der Benchmarker und Preisvergleicher, der Börsengurus und Verkaufsanalysten eigentlich überrascht? Waren etwa die "Focus"-Fetischisten überrascht, jene, die jeden Montag gierig an die Kioske klopfen, um schon auf dem Titelblatt zu erheischen, wo in unserem Lande der beste Arzt, das billigste Krankenhaus, die zweitbeste Uni, die dümmsten Professoren anzutreffen sind, oder die Spritpreisvergleicher? Fahren Sie lieber 15 km weiter; da kostet das Benzin pro Liter exakt 1,3 Pfennig weniger; der Umweg ist kostenlos! - Rechnen: mangelhaft. Seit PISA wissen wir es alle.

Jeder noch so dummdreiste Vergleich wird heute im Zeitalter des Benchmarkingwahns herangezogen, um den unendlich währenden Tanz um das goldene Kalb zu rechtfertigen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(D)

Jetzt wieder zu PISA: Der Turm steht schief, und alle haben es gewusst. Bildung ist in, aber niemand weiß, was das ist. Ich zitiere aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 4. Dezember 2001:

"Aus der Bildung wird in Deutschland nichts mehr, weil sie schon von vornherein unter der Prämisse der Zensur behandelt wird. Wissen wird zum Zweck des Wettbewerbs geschaffen und erlischt damit, was auch erklärt, warum die sozialen Unterschiede im deutschen Bildungswesen immer größer werden."

Weiter heißt es:

"Man kann Bildungsinstitutionen zwar marktwirtschaftlich organisieren, der innere Motor der Bildung, das Schwungrad aus Erkenntnis und Interesse, lässt sich indes nur bedingt mit dem Kraftstoff des Wettbewerbs betreiben. Die Voraussetzungen dafür sind, wie jede gelungene Bildung zeigt, nicht marktwirtschaftlich, sondern nur lebensweltlich zu schaffen."

(Oliver Keymis [GRÜNE])

(A) Damit hat Thomas Steinfeld den Nagel auf den Kopf getroffen, und deshalb haben wir als Kulturpolitiker hier eine ganz große Aufgabe, die der Unterstützung aller gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure bedarf. Wir müssen - das ist meine Vision für heute - neben dem Sicherheitspaket auch ein Freiheitspaket schnüren.

(Manfred Palmen [CDU]: Jetzt müssen wir doch wieder! - Heiterkeit bei der FDP)

- Ich höre Sie schon wieder nörgeln, ich höre Sie schon wieder lachen, aber es ist verdammt ernst.

Sicherheit ist ohne Freiheit nicht zu haben, Freiheit nicht ohne Sicherheit,

(Horst Engel [FDP]: Wer hat das gesagt?)

frei sein in Sicherheit - ja, sicher sein in Freiheit - zweimal ja. Es weihnachtet ja in diesen Tagen eh, Sie sehen das an den hängenden Nikoläusen an den Häusern; sie hängen da in den Seilen wie der FDP-Vorspringer, als ob sie falsch gelandet wären.

(Beifall und Heiterkeit bei GRÜNEN und SPD)

(B) Das Freiheitspaket umfasst - ich spreche noch von DM - 400 Millionen DM, also 100 Millionen DM pro Jahr, die ich gerne wie folgt einsetzen würde:

5 Millionen DM für die freie Theaterszene

5 Millionen DM für das Kinder- und Jugendtheater

5 Millionen DM für die ca. 60 soziokulturellen Zentren in unserem Land

10 Millionen DM für die Musikschulen

15 Millionen DM für die öffentlichen Bibliotheken

10 Millionen DM für ein neues Kinder- und Jugendtheaterzentrum

10 Millionen DM für Jugendkunstschulen

10 Millionen DM für Kinder- und Jugendkulturaktionen an öffentlichen Einrichtungen

15 Millionen DM - da freut sich der Ministerpräsident - für fünf NRW-Medienkompetenzzentren mit speziellen Angeboten für Kinder und Jugendliche und schließlich

15 Millionen DM für eine Initiative "NRW-Schulen ans Kulturnetz", wie sie der NRW-Kulturrat bereits vorgeschlagen hat.

(C) Wir müssen nicht über unsere Kinder reden, sondern mit ihnen. Die Kinder müssen nicht für die Schule lernen, sondern für das Leben, und Leben heißt eben nicht nur Marktwirtschaft, sondern hat vor allem mit dem Beherrschen der wichtigsten Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben zu tun

(Unruhe)

- manchmal übrigens auch mit Zuhören -, Wissen und Erkenntnis, Einblick und Einsicht in die vielen hochinteressanten, aber auch hochkomplexen Zusammenhänge unserer Zivilisation. Bildung ist viel mehr als die Summe des Nützlichen.

Das wäre ein Freiheitspaket nach meinem Geschmack. Aber wir wissen: Noch sind die Zeichen so nicht gestellt. Wir werden daran arbeiten, dass wir sie so stellen können - hoffentlich eines nicht zu fernem Tages. Kulturpolitik ist nämlich Freiheitspolitik, ist auch Friedenpolitik und ist vor allem aus meiner Sicht die Investition in eine gedeihliche Zukunft in Frieden und Freiheit, in eine Wissensgesellschaft, geprägt von Geist und Verstand, Geschmack und Vernunft. In diesem wohlverstandenen Sinne ist Kulturpolitik sogar Wirtschaftspolitik. Fördern und Fordern sind dabei für mich zwei Seiten einer Medaille. Wissen macht frei, und Freiheit braucht Verantwortung.

(D) Kultur braucht Nachhaltigkeit. Herr Blömer hat das im Zusammenhang mit der Triennale angesprochen. Wir werden, denke ich, davon viel erleben. Wenn wir in diesem Sinne unsere Anstrengungen in Nordrhein-Westfalen insgesamt erheblich verstärken, also noch weit über die Triennale und andere Ereignisse, die wir alle durchaus begrüßen, hinaus, dann lässt sich - da bin ich sicher - sogar PISA, Frau Kollegin Capune-Kitka, noch ein Stück weit geraderücken.

Das Sicherheitspaket ist geschnürt. Lieber Minister Vesper, schnüren wir das Freiheitspaket! Seien wir realistisch, fordern wir das Unmögliche! - Ich danke für die geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Keymis. - Für die Landesregierung hat Minister Dr. Vesper das Wort. Bitte schön.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der

(Minister Dr. Michael Vesper)

(A) Iyrischen Einlage von Herrn Schulte aus dem Sauerland war die Vorrede schon eines Kulturpolitikers würdig. Ich freue mich über den Vorschlag eines Freiheitspaketes, will aber doch darauf hinweisen, lieber Herr Kollege Keymis: Sie fordern vier mal hundert Millionen. In unserem Haushalt sind, wie Sie wissen, im kommenden Jahr immerhin 300 Millionen für Kultur enthalten. Ich bin sehr stolz und sehr froh, dass es gelungen ist, etwas für die Kultur im Land Nordrhein-Westfalen, für die Kulturpolitik insgesamt zu tun, und dass es gelungen ist, den Kulturretat nicht nur nicht sinken zu lassen, nicht nur nicht zu überrollen, sondern ihn sogar zu steigern. Ich finde, das ist eine Leistung, die man auch bundesweit würdigen kann; denn das ist außergewöhnlich im Konzert der Länder.

Ich weiß, Herr Blömer, wir machen es Ihnen schwer; denn im Grunde genommen können Sie an unserer Kulturpolitik gar nichts aussetzen. Das merkt man Ihnen auch an; Sie haben Ihre Kritik nicht besonders überzeugend vorgetragen. Stellen Sie sich einmal vor, wie Sie, wenn ich keine Ruhr-Triennale gemacht hätte und ausschließlich Kinder- und Jugendtheater und freie Theater finanzieren würde, hier stehen und wettern würden, dass ich keine Leuchttürme aufstellte. Sie müssen eben immer versuchen, wenigstens etwas zu kritisieren. Wir geben Ihnen wenig Gelegenheit zur Kritik, weil wir nämlich genau die richtige Balance zwischen Breitenkultur auf der einen Seite und der so genannten Spitzenkultur auf der anderen Seite finden, die ich nicht für Gegensätze, sondern für zwei Seiten ein und derselben Medaille halte.

(B) Nein, lieber Herr Blömer, ich glaube, da hat eher Herr Böcker Recht, der gesagt hat: Kultur blüht und gedeiht in diesem Lande.

Sie haben die Expertenkommission angesprochen, die Ministerpräsident Clement und meine Amtsvorgängerin Frau Brusis eingesetzt haben. Viele der sinnvollen Vorschläge dieser Kommission sind bereits umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung.

Wir haben die Landeskulturkonferenz geschaffen, an der Sie freundlicherweise teilnehmen.

Wir haben die Kultur Ruhr GmbH im Revier als Nukleus geschaffen, mit der wir nicht nur die Ruhr-Triennale durchführen, sondern in die wir auch die Tanzlandschaft Ruhr und das Chorwerk Ruhr eingliedert haben.

(C) Wir haben die Kinder- und Jugendtheaterförderung wenn auch nur geringfügig, aber immerhin verstärkt.

Wir haben den Fonds für das zeitgenössische Musiktheater geschaffen, ich gebe zu: mit einer relativ bescheidenen Summe von 1 Million DM jährlich. Aber immerhin! Die Stiftung Kunst und Kultur tut das Übrige, um diesen Schwerpunkt im Rahmen ihrer Arbeit zu fördern.

Apropos Stiftung Kunst und Kultur: Unter der Präsidentschaft von Frau Brusis hat sich diese Stiftung in den vergangenen anderthalb Jahren stark weiterentwickelt. Sie hat mehr Geld zur Verfügung und kann deswegen noch mehr interessantes Kulturleben in diesem Lande fördern.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen Kulturbüros, um die uns andere Länder beneiden, z. B. das einzige Frauenkulturbüro in der Republik, das eine ganz aktive Frauenkulturarbeit macht bzw. fördert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben eine hervorragende Zusammenarbeit mit dem Bund, spätestens seit Prof. Julian Nida-Rümelin das Amt übernommen hat.

(D) Wir haben ein neues Museum gebaut, das Ständehaus hier in Düsseldorf. Wir haben in Köln das Wallraf-Richartz-Museum mit einem großen Mitteleinsatz gefördert und werden auch das Rautenstrauch-Joest-Museum, das einzige größere Völkerkundemuseum hier im Land, fördern.

Ich weiß gar nicht, was Sie haben, Herr Blömer. Ich glaube, auch Sie können damit zufrieden sein. Sie sind es im Grunde auch; das weiß ich aus vielen Gesprächen.

Ein Wort zu Gérard Mortier. Dazu hat Herr Böcker schon einiges gesagt. Weil eben aus der letzten und vorletzten Reihe ein paar Zwischenrufe gekommen sind, will ich noch einmal deutlich sagen: Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, Gérard Mortier nach zehn Jahren Salzburg für die Ruhr-Triennale zu gewinnen. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir nach dem Dokumenta-Prinzip vorgehen wollen, nämlich ein Engagement immer für die drei Jahre eines Triennale-Zyklus festzuschreiben. Das schließt nicht aus, dass man auch einmal ein und denselben Intendanten oder ein und dieselbe Intendantin für zwei Zyklen beauftragt. Aber der Normalfall werden drei Jahre sein.

(Minister Dr. Michael Vesper)

(A) Meine Damen und Herren, warum mäkeln wir jetzt daran herum, dass unser Gründungsintendant für die Ruhr-Triennale das Angebot bekommen hat, von dem viele andere träumen, nämlich als Generalintendant die Pariser Opern zu leiten. Es ist doch eine Ehre - auch für das Engagement im Ruhrgebiet -, dass der Intendant, den wir gewonnen haben, für diese große Aufgabe für geeignet gehalten wird. Ich finde, es wäre ganz falsch, darüber die Nase zu rümpfen.

Schon bei den Verhandlungen mit Gérard Mortier im vergangenen Jahr stand Paris im Raum. Er hat dieses Engagement wegen der Triennale so weit wie möglich nach hinten geschoben. Aber 2004 ---

(Manfred Palmen [CDU]: Am 4. Oktober haben Sie das als 15-Zeiler einer einzigen Zeitung bezeichnet!)

- Ich habe Sie jetzt akustisch nicht ganz verstanden, Herr Palmen. Es gibt die Möglichkeit, Zwischenfragen zu stellen. - Ich habe bei vollem Bewusstsein die Behauptung dementiert, dass Herr Mortier nicht ins Ruhrgebiet kommt, sondern nach Paris geht. Das hat sich jetzt ja auch bestätigt. Herr Mortier wird seinen Vertrag mit uns voll und ganz erfüllen. Daran besteht überhaupt kein Zweifel.

(B) Meine Damen und Herren, jetzt will ich noch etwas zu den Bibliotheken sagen. Natürlich freue ich mich über den Antrag der Koalitionsfraktionen, den Betrag, den die Landesregierung zunächst zur Streichung vorgeschlagen hatte, wieder einzustellen. Aber auch das ist ein ganz normaler Vorgang; denn der Landtag ist der Haushaltsgesetzgeber. Ich habe manche Anträge der Opposition wirklich nicht verstanden, in denen gefordert wird, die Landesregierung solle irgend etwas zurückziehen. Der Landtag ist der Souverän, und der Landtag beschließt über den Haushalt. Von daher freue ich mich. Das ist gerade vor dem Hintergrund der PISA-Studie sicherlich eine sinnvolle Entscheidung.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Vor der PISA-Studie!)

- Ja. Trotzdem: Vor dem Hintergrund der PISA-Studie hat sich diese Entscheidung als richtig erwiesen.

Ich möchte Sie - da meine ich ganz besonders die Kolleginnen und Kollegen der Opposition - um eines bitten: Rüsten Sie doch verbal ein bisschen ab. Wir haben einen Kostenanteil vorgeschlagen,

der bei etwa 1,7 bis 1,8 % dessen liegt, was die kommunalen Bibliotheken, die ja kommunale Einrichtungen und keine Landeseinrichtungen sind, verbrauchen. Daraus nun Horrormeldungen zu fabrizieren nach dem Motto, sämtliche Bibliotheken im Land Nordrhein-Westfalen müssten geschlossen werden, alle Kinder und Jugendlichen stünden vor verschlossenen Türen, ist doch reichlich übertrieben. Meine Damen und Herren, ich finde es immer richtig, sachlich zu streiten, aber Sie sollten auch, wie der Rheinländer sagt, nit överdrieve.

Ich habe immer gesagt: Die Bibliotheken sind ein besonders wichtiges Kulturgut, und wir fördern mit etwa 500 Millionen DM Mitteleinsatz Jahr für Jahr allein die Universitätsbibliotheken in diesem Land, die ja auch der Allgemeinheit offenstehen. Von daher war wohl manches in der Tat übertrieben.

Ebenso übertrieben sind Ihre Auslassungen zum Denkmalschutz. Der Titel im Einzelplan 14, von dessen Mitteln auch die Kirchen vor allem bei den drei großen Maßnahmen Kölner Dom, Aachener Dom und Wiesenkirche in Soest profitieren, wird überrollt. Er wird nicht reduziert. Insofern auch da bitte etwas Abrüstung!

Die Bodendenkmalpflege wird ebenso überrollt. Wir haben die kleineren Maßnahmen, die wir an die Gemeinden und Gemeindeverbände aus dem Einzelplan 14 ausgezahlt haben, nämlich Maßnahmen bis zu 10.000 Euro, die pauschal gefördert werden, gekappt. Allerdings haben wir gleichzeitig durch einen Haushaltsvermerk sichergestellt, dass aus der Städtebauförderung im Einzelplan 20 Mittel im Umfang von 2,4 Millionen Euro an die Gemeinden und Gemeindeverbände für die pauschale Denkmalpflege für Maßnahmen unterhalb 10.000 Euro ausgezahlt werden können.

Mit anderen Worten: Hier wird also nichts wirklich gestrichen, sondern es ist eine Umstellung auf die Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Auch an dieser Stelle werden wir weiterhin fördern können.

(Richard Blömer [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, dass wir auf das Kulturleben in diesem Land stolz sein können. Ich sage es noch einmal: Kunst und Kultur in diesem Lande blühen. Deswegen freue ich mich auf ein nach dieser Haushaltsbera-

(Minister Dr. Michael Vesper)

(A) tung denn auch wieder positives und konstruktives Zusammenarbeiten im zuständigen Ausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Keine Zeit mehr für eine Zwischenfrage, Herr Blömer.

(Zuruf von Minister Dr. Michael Vesper)

- Herr Blömer hatte noch eine Zwischenfrage. Aber vielleicht machen Sie es bilateral.

(Zustimmung von Richard Blömer [CDU])

- Danke schön.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen für den Teilbereich Kultur vor.

Ich rufe nun den Teilbereich

c) Sport

auf. Als erste Rednerin hat Frau Dr. Schraps für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

(B) **Dr. Annemarie Schraps (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Donnerstag, den 22. November, konnten wir in einer dpa-Meldung lesen, die Landesregierung habe den Sportetat um 6 Millionen DM an - sprich: um 3 Millionen Euro -, und die Koalition jubelt.

Aber wir sollten da einmal ein bisschen genauer hinschauen. Die Erhöhung im Einzelplan 14 700 - Förderung des Sports - um 3,8 Millionen Euro ist allein auf den Zuschuss für die Olympia Rhein-Ruhr GmbH zurückzuführen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das wollen wir doch!)

- Natürlich! Aber man muss das dann auch etwas gläsern darstellen; es wurde nämlich nicht direkt dem Sport zugeführt.

Dann haben Sie noch 130.000 Euro für die westdeutschen Fußballschulen "gespendet", wobei Sie deren Mittel zunächst einmal gestrichen hatten. Wir sollten also schon genauer hinschauen. Dieser Jubel über die Erhöhung ist ohnehin verfrüht, denn im Haushalt des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport müssen im Jahre

2002 noch einmal 11,6 Millionen Euro eingespart werden. (C)

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Leider, Herr Minister, waren Sie im Sportausschuss nicht in der Lage mitzuteilen, wo denn eingespart werden soll. Wir werden das sehr genau beobachten; denn es ist ja symptomatisch, dass Sie jetzt schon beim Vereins- und Verbandsport die Mittel um 700.000 Euro zurückgefahren haben, also beim eigentlichen Breiten- und Leistungssport. Jubel über den Haushalt ist also unangebracht und verfrüht.

Sie behaupten nun, bei Ihnen sei nichts gekürzt worden. Ich habe an gleicher Stelle schon einmal gesagt: Stagnation ist auch Rückschritt; denn wir haben steigende Sportler- und Trainerzahlen. Das bedeutet bei gleichen Finanzen eine im Verhältnis geringere Zuteilung und damit Rückschritt. Doch hier scheint die Landesregierung in der Bundesregierung ein besonderes Vorbild zu haben; denn auf Bundesebene wurden die Mittel für den Spitzensport seit 1998 um 30,1 Millionen DM gekürzt.

Da meine Redezeit relativ knapp bemessen ist, kann ich nur wenige Haushaltspunkte ansprechen. Wir hatten im Jahre 2001 das "Jahr der Freiwilligen". Ich finde im Haushalt, außer beim Zuschuss für VIBSS, eigentlich keine Ansätze, keine Auswirkungen der Sonntagsreden. Mit Wanderpokalen und Zertifikaten ist es nicht getan. Das Ehrenamt braucht ganz spürbare Verbesserungen der Rahmenbedingungen. (D)

Ich schlage vor: Interessieren Sie sich einmal für die Vorlage des Landessportbundes. Unsere Gesellschaft hat sich so an das unentgeltliche freiwillige Engagement vieler Menschen gewöhnt, dass es eigentlich zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Dafür muss allerdings etwas getan werden. Bund und Land, und das in Gemeinsamkeit, haben in den letzten Jahren das Ehrenamt durch ständige Mehrbelastung erschwert. Wir brauchen dringendst eine Entbürokratisierung, sodass der Zeitaufwand für die Ausfüllung des Ehrenamtes nicht mehr steigt, sondern sinkt. Wir brauchen Anerkennung durch eine weitere steuerliche und sozialversicherungsfreie pauschale Aufwandsentschädigung, Anerkennung bei Rentenberechnungen und vieles mehr.

Ich gebe zu: Dies ist zum großen Teil Bundessache, aber daran könnte auch das Land ernsthaft mitwirken. Ich darf nur einmal an die 630-DM-

(Dr. Annemarie Schraps [CDU])

(A) Problematik erinnern, die wir schon öfter behandelt haben, an die Erhöhung der steuerfreien Pauschale. Wir hatten mehr gefordert. Ich darf das Land auch an die Forderung nach Erhöhung der Übungsleiterzuschüsse erinnern.

Sie werden sicher zur Erhöhung der Übungsleiterzuschüsse wieder nein sagen, obwohl Sie wissen müssten, dass ein Kuchen, den man immer wieder in mehrere Stücke aufteilen muss, schließlich nur noch als Krümel verfüttert werden kann. Wir sind stolz, dass immer mehr Menschen zum Sport finden, dass er soziale und gesundheitliche Aspekte zeigt. Aber daraus erwächst auch für das Land eine Verpflichtung zur finanziellen Unterstützung.

Ich bin froh, dass der Finanzminister - er ist leider nicht da - inzwischen auch die Wichtigkeit der Übungsleiter, wie wir lesen konnten, entdeckt hat. Er hat gesagt, es wäre ganz toll, was sie für eine Arbeit leisten. Für mich wäre sehr viel wichtiger, dass er auch entdeckt, dass man dann Gelder zur Verfügung stellen muss, um dieses Engagement etwas zu stärken.

Herr Minister, Ihre Bemerkung im Sportausschuss - ich kann mir das nicht verkneifen - der LSB bekomme genug Geld, er solle doch an die Übungsleiter mehr zahlen, war in dem Falle nicht sehr hilfreich. Ich habe manchmal das Gefühl, Sie halten sich den Landessportbund als Sklaven und Befehlsempfänger

(B)

(Ewald Groth [GRÜNE]: Na, na, na! - Lachen von Minister Dr. Michael Vesper)

und sind selber im Ministerium nicht in der Lage, wirklich ein wirkungsvolles und langfristiges Sportkonzept zu entwickeln. Das überlassen Sie dann immer dem Landessportbund, der dann auch noch von Ihnen Schläge einstecken darf.

(Lachen von Minister Dr. Michael Vesper)

- Ja, natürlich. Das war schon eine Bemerkung, die danebenlag. Ich möchte nicht mehr dazu sagen.

Sie haben auch, Herr Minister, die Vereine, die oft sehr finanzaufwendige Jugendarbeit leisten, aufgefordert, neue Tendenzen des Sportes in ihr Programm aufzunehmen. Das heißt in Zukunft, Trendsportarten wie Inline-Skating, American Football und Paragliding anzubieten. Sie haben Ihre Unterstützung zugesagt. Ich frage Sie: Wie wird diese Unterstützung aussehen? Im Haushalt haben wir dafür keinerlei Positionen gefunden.

(C) Die Finanzlage der Vereine selbst ist angespannt. Sind Sie der Meinung, dass die Vereine ihre Mitgliedsbeiträge erhöhen sollen? Die Beiträge haben aber oft schon die Schmerzgrenze erreicht. Ich denke, das ist ein Abwälzen von Verantwortung

(Ewald Groth [GRÜNE]: Quatsch!)

und Kosten und eine unfaire und verantwortungslose Politik.

Ein weiteres Problem ist die Frage des Schulsportes. In der Presse war Ihre Bemerkung zu lesen: Wir stärken den Schulsport, die dritte Schulsportstunde muss gegeben werden. - Ich sehe auch hierzu im Haushalt keinen Ansatz. Ich will nicht auf den immer schlechter werdenden Gesundheitszustand unserer Kinder eingehen. Das haben wir an dieser Stelle schon oft diskutiert; wir werden es auch weiter diskutieren.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einfach nur darauf hinweisen, dass der DSB der Förderung des Schulsportes höchste Priorität beimisst. Wir haben alle den Hinweis von Herrn von Richthofen gehört, dass bei einer Olympia-Bewerbung für die Spiele 2012 - die wir alle unterstützen - die nationalen Kandidaten auch nach ihrem Verfahren mit dem dreistündigen Schulsport beurteilt werden.

(D) Ich habe im Haushalt auch keinen Ansatz zum Thema Eliteschulen gefunden. Wir werden diese Eliteschulen fordern. Wir werden nicht an einer Eliteschule vorbeikommen, so auch von Richthofen und Uli Feldhoff in unserem Sportausschuss. Wir haben es gehört. Wir haben uns informiert. Wir haben uns Schulen in verschiedenen Bundesländern angesehen. Wir haben einige dieser Schulen auch in den alten Bundesländern. Ich glaube, dass wir hier etwas tun müssen. Wir fordern von Ihnen einen Ansatz, damit die Talente - wie wir es gehört haben - nicht aus Nordrhein-Westfalen abwandern, sondern hier bei uns bleiben.

Ich habe aus der Kultusministerkonferenz gehört, dass der Minister sich sehr für eine Eliteschule einsetzt. Ich glaube, wir werden uns damit dringend beschäftigen müssen. Ich hoffe nur nicht, dass Sie die Gelder dann auch noch aus der Sportstiftung nehmen wollen. Das werden wir aber noch klären. Denn im Haushalt steht dafür nichts.

Das führt mich zur Unterhaltung der Leistungszentren/Olympiastützpunkte. Deren Auflösung ist Gott sei Dank vom Tisch. Aber es sind Kompro-

(Dr. Annemarie Schraps [CDU])

(A) misse zu erfüllen, und zwar haben wir in Nordrhein-Westfalen 500.000 DM zur Förderung des Nachwuchssportes aufzubringen. Der LSB hat seine Hausaufgaben gemacht, hat in seinem Etat 300.000 DM eingesetzt. Ich habe vergeblich die restlichen 200.000 DM im Haushalt gesucht.

Auf die Talentförderung kann ich nur ganz kurz eingehen: Wir werden uns bemühen müssen. Es wird bei der Wahl unter den deutschen Kandidaten für die Olympiade-Bewerbung auch danach entschieden, was die Region für die Sportförderung tun wird. Ich glaube, dass die Summe für Talentförderung und Talentsuche, die Sie von der SPD gefordert haben, viel zu gering ist. Sie folgen sicher heute unserem Antrag. Denn dann hätten wir eine solide Förderung für das Jahr 2002 gewährleistet unter dem Aspekt: weniger Hochglanzprospekte, mehr praktische Sportförderung. Das Programm Talentförderung und Talentsuche ist sehr gut, es muss nur entsprechend unterstützt und von der Quantität wieder zur Qualität geführt werden.

Wir haben auch unsere Sportstiftungen. Wir haben da eine zweigeteilte Unterstützung, denn hier aus der Sportstiftung werden ausschließlich neue Projekte, nicht die alten gefördert. Wir müssen einmal darüber nachdenken, Herr Minister, ob Jugendleistungssportförderung wirklich allein vom Einkommen aus Wetten bestritten werden kann. Wir haben da inzwischen den Einbruch erlebt.

(B)

Auf die Sportstätten werde ich an einer anderen Stelle noch einmal eingehen. Wir haben nächste Woche Zeit, um zu einem anderen Thema noch zu diskutieren.

Die Behindertenmittel für den Leistungssport müssen auch erhöht werden. Folgen Sie unserem Antrag: Wir wollen 2012 in Nordrhein-Westfalen erfolgreiche Paralympics durchführen. Dazu müssen jetzt die Weichen gestellt werden.

Ein letzter Punkt - ich mache es etwas schnell - ist das Thema Galopp- und Rennsport.

Hier stehen Sie, meine Damen und Herren, im Wort. Wir haben in diesem Parlament gemeinsam die Oddset-Wetten eingeführt. Wir haben gemeinsam beschlossen, dass bei Umsatzeinbußen auch Ausgleichsgelder gezahlt werden. Wir haben sie voriges Jahr gezahlt. Voriges Jahr wurde im Sportausschuss von allen Fraktionen signalisiert, dass diese Zahlungen fortgesetzt würden.

In diesem Jahr sind Sie unserem Antrag, noch einmal eine Million Euro einzusetzen, nicht gefolgt. Ich denke, dass das ein Wortbruch ist. Das ist ein unfaires Finanzgebaren. Ich glaube, wir müssen unseren Menschen wieder das Gefühl geben, dass sie sich auf das Wort unseres Parlaments und der Regierung verlassen können.

(C)

Meine Damen und Herren, der Sporthaushalt 2002 zeigt keine Reaktion auf die erkennbaren Erfordernisse, und zwar weder im Breiten- noch im Leistungssport. Er arbeitet nach wie vor nach dem Gießkannenprinzip, und dies ist bei knappen Kassen eine unwirksame und unfaire Fördermethode. Wir werden diesen Haushalt ablehnen. Er erfüllt nicht die Erfordernisse des Jahres 2002. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Dr. Schraps. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Meise-Laukamp das Wort.

Ina Meise-Laukamp (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Dr. Schraps, die Vorstellung, dass Richard Winkels der Sklave von unserem Sportminister sein soll, ist einfach nur absurd.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Das weiss, wer Richard Winkels kennt.

(Minister Dr. Michael Vesper: Eher umgekehrt!)

- Das könnte schon eher sein.

(Dr. Annemarie Schraps [CDU]: Das habe ich ihm schon persönlich gesagt!)

- Jetzt steht es im Protokoll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles redet von PISA, und das ist auch gut so, möchte ich sagen.

In der bundesweiten Diskussion um Defizite in der Bildung unserer Jugendlichen wandelt sich der Sportslogan jetzt für den Bildungsbereich zum "schneller, höher, weiter und früher" in der Grundschule. Wir beraten hier und heute konkret den Einzelplan 14 - Förderung des Sports.

Aber die Anmerkung in das große Rauschen des Blätterwaldes hinein zum Stellenwert des Sportes in unserer Gesellschaft möchte und muss ich an

(Ina Meise-Laukamp [SPD])

(A) dieser Stelle setzen: Unsere Kinder und Jugendlichen müssen lesen, schreiben, rechnen lernen - und nicht nur das. Sie müssen auch im Sinne einer allseitigen Erziehung und Bildung u. a. lernen, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten, soziales Miteinander einzuüben, etwas für ihr Wohlbefinden und für ihre Gesundheit zu tun. Dies sollten wir bedenken, bevor wir über den Einsatz von Taschenrechnern und Internet-Anschlüssen bei der pränatalen Bildung sprechen.

Würden wir also den Bereich des Sports zurückfahren, so würden wir in einigen Jahren später auf die Folgekosten schauen müssen: bei den Krankenkassen, bei den sozialen Einrichtungen und bei den Jugendeinrichtungen. Der hier vorgelegte Haushaltsplan trägt zum Bereich des Sportes in großen Teilen dieser Vorsorge Rechnung.

Wir können sogar - bevor ich zu den Einzelheiten komme - in der Gesamtsicht sagen: Wir stehen gut da. 31 Millionen Euro in diesem Haushaltsplan sind unterm Strich - das wurde schon erwähnt, allerdings auch von Ihnen angezweifelt, Frau Dr. Schräps - 3,5 Millionen Euro mehr als im letzten Jahr.

(B) Das ist nicht alles, was wir als Land für die Unterstützung der Sportförderung bereitstellen: Praktisch alle Haushaltspositionen entsprechen dem Vorjahresansatz oder sind erhöht worden. Dort, wo die Landesregierung Kürzungen im Etat vorgesehen hat, werden wir die Mittel wieder aufstocken, wie z. B. für laufende Zwecke im Inland insbesondere zur Förderung der Übungsarbeit in Sportvereinen. Ich weiß, das ist keine riesige Summe, aber bei den uns zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln ist es eine große Leistung, dass wir den alten Ansatz halten konnten. Die Bezuschussung für das Landessportfest für Schulen und für die Talentförderung haben wir beibehalten.

Der Ansatz für die Zuschüsse an den LSB haben wir gegenüber dem Entwurf um 143.000 Euro erhöht. Dieses Geld wird zweckgerichtet für das Vereins-Information-Beratungs- und Schulungssystem - kurz: VIBSS-ISI - verwendet. Damit vollziehen wir einen innovativen Schritt für den Einsatz dieser Mittel.

(Beifall des Dr. Frank Freimuth [SPD])

Viele Sportvereine werden über dieses Internetportal des Landessportbundes eingebunden werden und Serviceleistungen und Beratung abfordern können. Wir sind davon überzeugt, dass dieses Projekt sinnvoll und gut ist, und es kommt speziell den ehrenamtlich Tätigen in den Sportvereinen zugute.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe einige wenige Gesichtspunkte herausgegriffen. Sie erkennen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es bei unseren Haushaltsberatungen um einen gerechten Verteilungsprozess zwischen Breitensport, Talentsichtung und Talentförderung geht.

Unser "Leuchtturmprojekt" - die Bewerbung um die Olympischen Spiele - kann nur dann erfolgreich sein, wenn Nordrhein-Westfalen seine Stellung als Sportland hält und weiter ausbaut. Wir haben 3,6 Millionen Euro für unsere Olympiabewerbung eingesetzt. Wir glauben, dass dieser gegenüber dem Entwurf der Landesregierung um 200.000 Euro gekürzte Ansatz bei intelligenter Mittelbewirtschaftung ausreicht, um eine wirkungsvolle Präsentation der Rhein-Ruhr-Region vorzubereiten.

Wir gehen unsere Olympiabewerbung in dem Bewußtsein an: Was für sportliche Großstätten wie die Arena auf Schalke gut ist, muss auch gut sein für alle Sportlerinnen und Sportler im Breitensport und im Vereinssport.

Schön wäre es, wenn die Landesregierung zukünftig in Sachen Olympia das Parlament mehr in die Vorbereitung der Olympiabewerbung einbeziehen würde. Wir haben bei unserem gemeinsamen Antrag für Olympia gezeigt: Das Parlament ist bereit, die Landesregierung bei der Bewerbung zu unterstützen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sorgen bereitet mir allerdings der Mittelabfluss beim Sportstättenbau im Vereinswesen. Leider sind die Einnahmen aus Oddset nicht so geflossen, wie sie die Landesregierung kalkuliert hat und wie wir sie uns erhofft haben, sodass die Erhöhungen, die für 2001 für den Sportstättenbau beschlossen waren, nicht in Gänze ausgezahlt werden konnten.

(C)

(D)

(Ina Meise-Laukamp [SPD])

(A) Ich erinnere daran, dass wir im vergangenen Haushaltsplan die Mittel für diesen Bereich verdoppelt haben, um einen Stau abzubauen. Das haben wir wegen des weniger guten Flusses bei den Oddset-Einnahmen leider nicht geschafft.

In diesem Jahr wird wieder die hohe Summe von 6,4 Millionen Euro für den vereinsgebundenen Sportstättenbau eingesetzt.

So wie wir es geschafft haben, einen gemeinsamen Antrag zur Olympia-Bewerbung zustande zu bekommen, so werden wir, glaube ich, gemeinsam mit allen Fraktionen Unterstützung dafür finden, dass weiterhin ausreichend Mittel zur Förderung des Spitzen- und Breitensports in unserem Land bereitgestellt werden.

Ich bin als sportpolitische Sprecherin natürlich sehr dankbar für die vielen Einzelanträge der Opposition, denn dann haben wir auch bei dieser Haushaltsberatung wenigstens ein bisschen sportliche Betätigung. Wir folgen den einzelnen Anträgen der Opposition aber nicht. Wir haben Verständnis für viele Anträge und könnten uns auch gut vorstellen, mehr Mittel einzusetzen. Aber wir folgen diesen Anträgen nicht, weil wir der Meinung sind, dass unsere Anträge in Gänze ein sinnvolleres Paket sind, das die Sportpolitik in Nordrhein-Westfalen voranbringen wird. Ich hoffe, dass die Opposition zum Sportbereich dem Einzelplan 14 zustimmen wird. - Ich danke Ihnen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Meise-Laukamp. Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Der Sport wird von sofort an einen noch größeren Stellenwert im Land haben. Das fängt vor allem bei einer Intensivierung des Schulsports an", sagte Ministerpräsident Clement am 22. August in Essen vor 100 Vertretern aus Industrie und Politik.

(Theodor Kruse [CDU]: Hört, hört!
- Minister Dr. Michael Vesper: Waren Sie dabei?)

- Einen Moment Geduld, Herr Minister! - "Die Landesregierung misst dem Sport außerordentlich hohe Bedeutung bei. Der Sport ist uns lieb und teuer", erklärte Sportminister Michael Vesper auf

der Mitgliederversammlung des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen am 23. Juni in Essen und ergänzte: "Der Sport muss sich gegenüber der Gesellschaft öffnen, neue Wege finden, junge Menschen begeistern! Wir brauchen eine stärkere Allianz für den Sport. Neben dem Landessportbund gehören auch Wissenschaft, Medien, Vereine, Verbände und Kommunen als Partner dazu."

(C)

Vereine, Verbände und Kommunen - na prima, vor allem die Kommunen und Vereine freuen sich über den maroden Zustand ihrer Sportstätten, über den Förderstau bei den Bezirksregierungen, darüber, dass sie nach Genehmigung von Anträgen nicht anfangen können zu bauen, weil die Mittel so knapp wie die Antragsgenehmigungsverfahren lang sind.

Mitten dazwischen kommt die Botschaft der Landesregierung vom 17. September 2001: Sportförderprogramme werden aufgestockt, Talentschmieden an den Schulen sollen die Olympischen Spiele 2012 in die Rhein-Ruhr-Region holen. Bildungsministerin Gabriele Behler und Sportminister Michael Vesper haben vereinbart, das bestehende Verbundsystem Schule und Leistungssport erheblich auszubauen, um wesentlich mehr junge Talente systematisch zu fördern. Und so weiter und so fort!

(D)

Am 22. November schließlich kommt die Agenturmeldung: Die Landesregierung hebt den Etat für den Sport in Nordrhein-Westfalen an.

Toll, meint das ungeschulte Auge auf den ersten Blick; wie kommt es bloß zu dieser Erhöhung in Zeiten knapper Kassen kurz vor der Haushaltsverfassungsgrenze? Die Antwort ist einfach. Die Ansatzserhöhung von 5 Millionen Euro in der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf 2002 resultiert aus der für dieses Jahr vorgesehenen Abschöpfung des überschüssigen Rücklagenbestands zur Sicherung der Gewinnauszahlung bei der Oddset-Sportwette - Frau Dr. Schrapf hat es bereits angesprochen -, sozusagen das Weihnachtsgeschenk für den Landeshaushalt und der anteilige Segen für den Sport.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, so sehr wir jeden zusätzlichen Pfennig - oder besser gesagt: bald Cent - im engen Haushalt für das Jahr 2002 begrüßen, so wenig ist dieser unerwartete Geldsegel auf die Landesregierung zurückzuführen.

Die FDP wollte dem Sporthaushalt ja noch ein bisschen mehr auf die Beine helfen. Das wieder

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

(A) um wollten unverständlicherweise Sie, meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, nicht. Die FDP hat im Sportausschuss den vernünftigen Antrag gestellt, einen nicht unerheblichen Anteil aus den Konzessionseinnahmen aus Oddset-Wetten, nämlich 1 Million Euro, aus dem Umweltbereich in den Sportbereich umzuschichten. Konkret heißt dies, dass der Anteil aus den Einnahmen für den Bereich Zuschüsse an die Stiftung für Umwelt und Entwicklung um eben diese 1 Million Euro reduziert und stattdessen dem Gesamtbereich Sport zugeführt wird. Dies wäre nämlich bitter nötig. Diese Einnahmen sollten auch im Hinblick auf die Bewerbung um die Olympischen Spiele konzentriert für den Bau, die Modernisierung und die Erweiterung von Sportstätten sowie für die Vorbereitung und Durchführung von sportlichen Großveranstaltungen eingesetzt werden.

Wenn wir es denn ernst meinen mit Olympia - das unterstelle ich einmal -, dann müssen wir auch alle Kräfte bündeln und dafür sorgen, dass im Vorfeld von Olympia in den Sportvereinen und Schulen, bei der Talentsichtung und -förderung dem Sport tatsächlich größere Bedeutung beigegeben wird; denn ohne die Säulen "Schulsport" und "Breitensport" fällt das Gerüst "Olympia" in sich zusammen wie ein Kartenhaus. Das wollen wir nicht.

(B)

Nebenbei bemerkt wäre das auch viel zu teuer, denn der verdammt hohe Mitteleinsatz für die Olympia-Bewerbung wäre dann hinausgeworfenes Geld.

Es wurde in den Ausschussberatungen zwar deutlich, dass die Perspektive, den Sporthaushalt auf diese Weise um 1 Million Euro zu erhöhen, auch einen gewissen Reiz auf die Regierungsfractionen ausübte, dass Sie, meine Damen und Herren, aber dennoch nicht den Mut aufbrachten, dem FDP-Antrag zuzustimmen, weil Sie Zoff mit Ihren Umweltpolitikern fürchteten. Unsere Umweltkollegen waren bereit, über den Tellerrand zu blicken und für diesen Zweck aus ihrem relativ großzügig bedachten Bereich sozusagen Geld abzuzweigen.

Wenn wir die Olympischen Spiele in unser Land holen wollen, dann müssen wir uns auch dafür engagieren, und zwar nicht nur halbherzig, besonders in dem Bereich, der nicht so sehr im Blickwinkel der Öffentlichkeit steht. Vordergründig öffentlich engagieren Sie sich ja tatsächlich;

da kann man dem Sportminister oder dem Ministerpräsidenten überhaupt keine Versäumnisse vorwerfen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Aber bei Olympia ist Solidität gefragt. Solidität heißt hier in allererster Linie, dass Kernforderungen für Olympia im Bereich des Sports auch tatsächlich erfüllt werden. Diese Kernforderungen heißen nun einmal - das haben wir ja auf der Ausschussreise gelernt -: drei Sportstunden durchgehend an allen Schulen, funktionsfähige, in ordentlichem Zustand befindliche Sportstätten, gut ausgebildete Sportlehrer in ausreichender Zahl.

Wie ich eingangs sagte, wurden alle diese Maßnahmen auch tatsächlich in Aussicht gestellt, nur ist es bisher leider bei bloßen Ankündigungen geblieben.

An der Situation im Schulsport und im Breitensport hat sich nichts zum Positiven gewendet - im Gegenteil: Die Situation in den Schulen wird immer schlimmer. Dies liegt zum Teil an der unzureichenden Aus- und Weiterbildung der Sportlehrer, an ihrer Überalterung, aber auch daran, dass der Sportunterricht schnell einmal gern zugunsten anderer Fächer geopfert wird oder es gar keine entsprechenden Sportlehrer in der Schule gibt.

(D)

Gerade vor ein paar Wochen habe ich eine Hauptschule in meinem Wahlkreis besucht. Abgesehen davon, dass ihr Klassenräume fehlen, mangelt es auch an genügend Belegungsstunden in der Halle für den Sportunterricht. Darüber hinaus werden praktischerweise die vorhandenen Sportlehrer für den übrigen wichtigeren Unterricht benötigt. Dabei brauchen unsere Kinder bitter nötig mehr Sport. Sie sind zu dick, und sie sind zunehmend krank.

Von 29 Klassen insgesamt haben in dieser Hauptschule 23 Klassen keinen geregelten Sportunterricht. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Sagen Sie mir jetzt nicht: Dies sei ein Einzelfall. Nein, beileibe nicht. Bereits im Laufe des letzten Jahres und auch in diesem Jahr gab es zahlreiche Zuschriften, die darauf aufmerksam machten, dass selbst in Grundschulen über Jahre, oft länger als über die gesamte Grundschulzeit eines Kindes die dritte Sportstunde nicht erteilt wurde.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

(A) Sehr geehrter Herr Minister, meine Damen und Herren, so macht man ein Land nicht fit für Olympia. Das reicht nicht einmal für einen regionalen Wettbewerb.

Wie ernst Sie Ihr Anliegen meinen, den Sport an der Basis zu stärken, lässt sich im Übrigen an verschiedenen Haushaltsposten festmachen. Nur einige Beispiele: Bei der Erstattung von Ausgaben an die Beauftragten für den Schulsport, die die Schulen und die Sportverbände bei der Umsetzung der Schwerpunktmaßnahme im Bereich des Sports beraten sollen, wurde der Betrag gerundet, aber nach unten. So wichtig ist diese Aufgabe also.

Für die Aus- und Fortbildung der Sportlehrer wurde der Ansatz gegenüber 2001 tatsächlich erhöht - um ganze 42.000 Euro. Will man damit auf das ganze Land bezogen Gewaltiges in der Fortbildung bewegen? Sie müssen das schon ehrenamtlich organisieren, wenn Sie das gut hinbekommen wollen.

Bei den Zuschüssen für die Entwicklung des Breitensportes und die Auswertung von Erprobungs- und Forschungsvorhaben im Sportstättenbau wurde der Ansatz um 102.200 Euro gekürzt. Die Zuschüsse zur Umsetzung des Handlungsprogramms "Ehrenamt im Sport" bleiben gegenüber 2001 unverändert. Ist das das richtige Signal bei all den Erschwernissen, die wir ohnehin haben, nämlich unnötige Bürokratisierung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, zu geringe Übungsleiterpauschale, um nur zwei Kummerkinder des Vereinssports zu nennen?

(B)

Es verwundert, dass der Haushaltsansatz für Zuschüsse an den Landessportbund für die sportmedizinischen Untersuchungen und Betreuung der D-Kader nicht auch nur um einen einzigen Cent erhöht wurde. Ich weiß, dass ein sehr viel größerer Anteil für diese Zwecke aus dem Topf der Sportstiftung kommt. Auch da wissen wir, dass das Geld insgesamt nur dafür reicht, die jugendlichen Athleten lediglich einmal jährlich sportmedizinisch zu untersuchen. Ich halte dies nicht für verantwortbar.

Wenn man Kinder und Jugendliche, die Leistungssport betreiben, einmal jährlich sportmedizinisch untersucht, so ist das in etwa so, als würde man erwachsene Leistungssportler alle vier Jahre einmal untersuchen. Dies halte ich für einen Skandal im Sinne der Gesundheitsfürsorge für die jungen Leistungssportler und eventuellen künftigen

Olympiateilnehmer. Das ist schlicht nicht vertretbar.

(C)

Ein richtiger Knackpunkt im Haushaltsplan 2002, Herr Minister, sind dann noch die Zuschüsse für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten. Wir haben gehört, ein Kriterium für Olympia ist, dass es genügend Sportstätten in ordentlichem Zustand im Lande geben muss.

Was macht die Landesregierung? - Sie kürzt auf der einen Seite Zuschüsse für Bau, Modernisierung und Erweiterung von Vereinssportstätten und fügt sie andererseits beim Sportstättenbau der Gemeinden wieder hinzu, sodass dabei insgesamt eine geringfügige Erhöhung herkommt, die einen aber nicht vom Hocker reißt. Genau sind das nämlich 287.000 Euro. So viel kostet ungefähr ein Kinderspielplatz.

Dies wiegt umso schwerer, als die Mittel für Schulsportstätten künftig in der so genannten Schulpauschale von 460 Millionen Euro enthalten sein werden. Dies bedeutet schließlich, dass Kommunen für Schul- oder Erweiterungsbauten und ebenso für Schulsportstätten erst einmal jahrelang ansparen müssen, bevor sie sich irgendwelche Baumaßnahmen erlauben können.

(Ewald Groth [GRÜNE]: So ein Quatsch!)

Ich ahne, Herr Groth, wie das jeweilige Ratsvotum ausfallen wird, wenn eine Kommune die Wahl hat, ob die angesparte Pauschale im Zweifel für dringend benötigte Klassenräume oder für Sportstätten ausgegeben werden soll.

(D)

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ja, was wollen Sie denn jetzt?)

Nein, meine Damen und Herren, die Sie Regierungsverantwortung tragen, so macht man sich nicht auf schlankem Fuß davon.

An dieser Stelle appelliere ich noch einmal eindringlich an Sie, für akzeptable Übergangskriterien für die Kommunen zu sorgen, nämlich für solche Kommunen und Schulen, die in der Vergangenheit Anträge auf Schulsportstättenbau gestellt haben, hierfür bereits eine Genehmigung oder Anerkennung erhalten haben und allein deshalb noch nicht mit den Baumaßnahmen beginnen konnten, weil die Mittel bei den Bezirksregierungen nicht ausreichten, sie sozusagen bisher im Förderstau stecken geblieben sind.

Grundsätzlich begrüßt die FDP das neue Pauschalierungsverfahren. Allerdings gehören dazu Mittel in ausreichender Höhe für die Kommunen. Sonst

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

(A) ist dies keine Verbesserung, sondern eine Verschlimmschlechterung, wie wir in Lippe sagen.

Auf eine kurze Formel gebracht, kann man für den Sporthaushalt sagen: Viel Geld fürs Image, für die Olympiabewerbung, für die Olympia GmbH, kurz fürs Prestige der Landesregierung, allzu wenig für die Grundvoraussetzungen im Bereich des Schul- und des Vereinssports.

Sportland NRW? - Was ist aus den Versprechungen von Ministerpräsident Clement und Sportminister Vesper geworden? Im Landeshaushalt für das Jahr 2002 finden sie sich jedenfalls nicht wieder.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Groth das Wort.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sporthaushalt unseres Landes ist mehr als vorzeigbar.

(Lachen bei der FDP)

(B) Sportminister Michael Vesper ist seinem Ruf als Power-Sportminister - so Manfred von Richthofen - gerecht geworden. Ihm hier und heute Halbherzigkeit vorzuwerfen, ist ungerecht. Das ist nicht seine Art. Sie haben doch überhaupt nicht verstanden, worum es hier geht.

Er hat einen sehr guten Entwurf vorgelegt und eingebracht. Nur an einigen ganz wenigen Stellen mussten wir noch Verbesserungen anbringen.

Meine Damen und Herren, zusammen mit den Koalitionsfraktionen ist jetzt ein sehr guter, solider und sachgerechter Sporthaushalt erarbeitet worden, der hier und heute unsere volle Zustimmung findet. Es ist ein im wahrsten Sinne des Wortes ein verfassungsgemäßer Sporthaushalt. Das hat zumindest meine Prüfung ergeben.

Nun wollte die FDP-Fraktion, allen voran Jürgen W. Möllemann, vom Landesrechnungshof den Landeshaushalt auf Verfassungskonformität überprüfen lassen. Dafür ist der Landesrechnungshof überhaupt nicht zuständig. Das hätten Sie eigentlich wissen müssen.

In welcher Verfassung sich allerdings Herr Möllemann selbst und die FDP-Fraktion befinden, fragt man sich schon nach der Lektüre der "Süddeut-

(C) schen Zeitung" vom letzten Samstag. Unter dem Titel "Möllemann und das Weiße Haus" verbirgt sich tatsächlich eine sportpolitische Affäre und verbergen sich nicht die Ambitionen des "Riesenstaatsmanns Mümmelmann" und des geschassten Schalke-Aufsichtsratsvorsitzenden.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, es wäre angebracht, dass sich der "Schalker Rechnungshof" - nicht der Landesrechnungshof - ein wenig um die Zusammenhänge zwischen den Herren Möllemann, Rolf Wegener, der in Waffengeschäfte verwickelt ist, und Viktor Agali und der Finanzabteilung von Schalke 04 kümmert.

(Zuruf von Horst Engel [FDP])

Da geht es um mehr als um ein paar Einkaufswagenchips. In welcher Verfassung Herr Möllemann dann übrig bleibt, das sieht man jetzt schon daran, in welcher Verfassung Sie hier sind.

(Horst Engel [FDP]: Das ist unterste Schublade! Das ist eine Unverschämtheit! Darauf komme ich noch zurück!)

Das sieht man an Ihnen, Sie haben schon die Auflösungserscheinungen. - Aber lassen wir das.

(D) Meine Damen und Herren, wir Grüne stehen für eine sachliche Sportpolitik, die transparent und effektiv unser Sportland NRW gestaltet, den humanen Leistungssport fördert und die Grundlagen für Breitensport und mehr Bewegung verbessert. Internationale Großveranstaltungen prägen die sportpolitische Debatte in NRW. Und das ist gut so und muss so sein.

Die Vorbereitung für die Olympiabewerbung läuft, die Olympia-Rhein-Ruhr GmbH hat die Arbeit aufgenommen und ist mit ausreichenden finanziellen Mitteln - 3,6 Millionen Euro - versehen. Das ist ein geringer Landesanteil, den wir brauchen. Das ist auf einem guten Weg. Wir sind im Zeitplan und werden gut vorbereitet in die nationale Vorausscheidung gehen. Dafür sorgt schon die enge Abstimmung mit den Sportfachverbänden.

Schon heute gehen von der Bewerbung wichtige Impulse für den Sport im Lande aus. Mit der Fußballweltmeisterschaft 2006, den World Games 2005 und weiteren nationalen Sportgroßereignissen wird der Blick auf Nordrhein-Westfalen gelenkt.

Als Grüne haben wir im vergangenen Jahr einen Schwerpunkt auf die Nachwuchsförderung im

(Ewald Groth [GRÜNE])

(A) Leistungssport gelegt. Bei mehreren Besuchen in Olympiastützpunkten, mit einer Fachtagung und in vielen Gesprächen mit Funktionären, Sportlerinnen und Sportlern haben wir uns ein umfassendes Bild verschafft.

Wir sind als Sportland Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg. Dank der Sportstiftung konnten schnell Verbesserungen auf den Weg gebracht werden, wie etwa die Verdoppelung der Trainerstellen. Das wird nicht nur in NRW, sondern bundesweit registriert.

Auch der Sportausschuss des Landtages hat seine Ausschussreise nach Magdeburg, Potsdam und Berlin unter den Gesichtspunkt der Nachwuchsförderung gestellt und unter anderem die Abschlusswettkämpfe von "Jugend trainiert für Olympia" besucht. Eine Folge davon ist auch, dass wir die vorgesehenen Kürzungen in diesem Bereich zurückgenommen haben. Das ist ein Signal, dass wir hinter diesem Wettbewerb stehen und uns dort auch weiterhin maßgeblich engagieren werden.

(Beifall bei der SPD)

"Jugend trainiert für Olympia" hat eine Zukunft in Nordrhein-Westfalen.

(B) (Beifall bei der SPD)

Unser allgemein anerkanntes Landesprogramm "Talentsuche und Talentförderung" soll weiter ausgebaut werden. Fürs kommende Jahr wird der Ansatz um fast ein Drittel erhöht. Ob ein weiterer Mehrbedarf besteht oder Umschichtungen notwendig sind, werden wir nach der von allen Fraktionen angestrebten Überprüfung sehen. Wir werden den gemeinsamen Antrag im Januar einbringen und hier hoffentlich beschließen.

Dabei spielt es keine Rolle, Frau Dr. Schraps, ob wir von der Partnerschule des Leistungssports, von Sportklassen oder von Eliteschulen des Sports reden. Wichtig ist und bleibt humaner Leistungssport! Unsere Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen wollen nicht kaserniert werden.

(Dr. Annemarie Schraps [CDU]: Sie waren doch begeistert von den Schulen in Magdeburg!)

- In zehn Jahren geht da keiner mehr hin. Nehmen Sie mich beim Wort.

(Zuruf von Dr. Annemarie Schraps [CDU])

Das ist ein Konzept, das ausläuft. Heute hat es noch Erfolge, aber wir sind auf einem sehr viel

besseren Weg. Unser Konzept für einen humanen Leistungssport, für unsere Nachwuchssportler ist sehr viel besser und wird auch die Erfolge bringen, Frau Dr. Schraps. Wir sprechen uns in zehn Jahren wieder, wenn im Osten keiner mehr in den Kasernen hockt und bei uns die Sportlerinnen und Sportler Schlange stehen, dass sie in Nordrhein-Westfalen gefördert werden können.

Zu den Olympiastützpunkten will ich Ihnen sagen: Es ist gut, dass uns in Nordrhein-Westfalen alle Olympiastützpunkte bleiben. Das Land und der Landessportbund haben sich dafür engagiert und werden auch weiterhin die dortige Arbeit absichern. An Verbesserungen der Konzeption und der Zusammenarbeit wird ständig weiter gearbeitet. Dafür wird sich die grüne Sportpolitik einsetzen.

Die verstärkten Anstrengungen im Bereich Leistungssport - vor allem durch die Olympiabewerbung und in der Nachwuchsförderung - sind wichtige Impulse für den gesamten Breitensport im Land. Dieser Zusammenhang kann nicht oft genug erwähnt werden. Sport hat Hochkonjunktur im Sportland NRW, und das kommt allen Sportinteressierten zugute.

Die beste Breitensportförderung überhaupt, meine Damen und Herren, ist der Sportstättenbau an sich. Nach der deutlichen Erhöhung im Haushalt 2001 konnte der Etatansatz für 2002 gehalten werden. Das Land stellt weiterhin unter anderem über 7 Millionen Euro für die Sportstätten der Vereine und Verbände zur Verfügung, für die kommunalen Sportstätten über 16 Millionen Euro. Damit ist mehr Geld für die Sportstätten im Jahre 2002 vorgesehen, als im Jahre 2001 letztendlich ausgegeben werden konnte.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Aus dem Handlungsprogramm Ehrenamt ist jetzt VIBSS - Vereins-, Informations-, Beratungs- und Schulungssystem - hervorgegangen, ein IT-Service - informationstechnologischer Service - des Landessportbundes für die ehrenamtlich Tätigen in den einzelnen Sportvereinen. Das hilft ihnen. Damit werden insbesondere kleine, aber auch größere Sportvereine bei ihrer Arbeit unterstützt. Die Koalitionsfraktionen haben durch die Mittelbereitstellung im Haushalt 2002 für diesen neuen Service ihre Unterstützung dokumentiert.

Der Präsident des Landessportbundes, Richard Winkels, hat sich anlässlich der Hauptausschusssitzung des Landessportbundes in der letzten Wo-

(C)

(D)

(Ewald Groth [GRÜNE])

(A) che freudig bei den Koalitionsfraktionen bedankt. Das ist gut angelegtes Geld! Wir sind insgesamt gut aufgestellt, der Sport kommt voran. Wohlge-merkt, auch in jugend- und gesundheitspolitischer Hinsicht: Der Sport kommt voran zum Wohle der Menschen in diesem Land. - Danke für die Auf-merksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Groth. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Vesper.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist inner-halb dieses Nachmittags die dritte Runde, der ich die Freude habe beizuwohnen. Kollege Stein-brück, ich kann Ihnen berichten, die Sprecher der Opposition haben in allen drei Runden - Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport - ausschließlich Mehrforderungen

(Zuruf von Dr. Annemarie Schraps [CDU])

(B) vorgetragen - mit irgendwelchen Deckungen, von denen Sie selber wussten, dass sie nicht tragen,. Ich bin wirklich gespannt, wie Sie das in der drit-ten Lesung mit Ihrer Forderung nach Haushalts-konsolidierung zusammenbringen.

Frau Pieper-von Heiden, Sie haben leider wieder die Gleichung "Sport gleich Geld" vorgetragen. Ich finde es etwas phantasielos zu glauben, dass man Sportpolitik ausschließlich über Geldausge-ben machen könnte.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

- Nein, Sie haben in Ihrer Rede - lesen Sie das noch einmal nach - ausschließlich über dieses Mittel gesprochen. Kürzlich haben Sie in einer Presseerklärung behauptet, dass der Sportetat dieses Landes gesunken sei. Ich habe mittlerweile allen Kolleginnen und Kollegen mitgeteilt, dass das Gegenteil der Fall ist. Herr Abgeordneter Groth und Frau Abgeordnete Meise-Laukamp ha-ben ja darauf hingewiesen: Der Sportetat steigt auch nach Bereinigung um die Ausgaben für Olympia und aus der Oddset-Wette. Auch der Landessportplan insgesamt ist von insgesamt

85 Millionen Euro in diesem Jahr auf knapp 100 Millionen Euro gestiegen, also ein deutlicher Zuwachs, der angesichts der Aufgaben, die vor uns stehen, aber auch gerechtfertigt ist.

Frau Dr. Schraps hat behauptet, Herr Winkels wäre mein Sklave oder ich der seine. Ich kann Ihnen sagen: Da gibt es keinen Sklaven und kei-nen Herrn, sondern wir haben ein herzliches Ver-hältnis miteinander.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben mittlerweile sogar einen "Pakt für den Sport" vereinbart, und dieser Pakt für den Sport, den die Landesregierung auf ihrer nächsten Sit-zung beraten wird, wird einen großen Schub aus-lösen, einen innovativen Prozess. Er soll in einer breiten gesellschaftlichen Allianz für den Sport münden, in der alle Akteure in unserem Land, also nicht nur die Kommunen und Kreise und die Parteien, sondern auch gemeinnützige Organisa-tionen, Hochschulen, wissenschaftliche Einrich-tungen, die Wirtschaft, Interessenvertretungen und viele, viele andere und natürlich auch die Me-dien und Kirchen zusammengebunden werden, besser: sich zusammenbinden sollen, um an der Erneuerung des Sports in diesem Lande mitzuwir-ken.

Wir stehen außerordentlich gut da. Ich komme gerade heute, wie Sie wissen, aus Frankfurt, wo ich mithelfen durfte, die Bewerbungen der Städte Köln und Dortmund als Spielorte für die Fußball-weltmeisterschaft im Jahre 2006 abzugeben. Herr Ministerpräsident Clement war in der letzten Woche da, um die Bewerbungen von Gelsenkir-chen, Düsseldorf und Leverkusen mitzuvertreten. Und morgen ist Mönchengladbach an der Reihe. Also sechs sehr attraktive Angebote, die dem Sport in unserem Land einen Schub verleihen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt kein Land, das über so hervorragende Sta-dien verfügt - ein Blick auf die Bundesligatabelle zeigt, wo unsere Mannschaften stehen -, das eine so hervorragende Sportszene und ein so begeist-erungsfähiges Publikum hat wie wir in Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Zusammenarbeit mit dem Landessportbund ist wirklich exzellent. Und ich will Ihnen sagen, Frau Dr. Schraps, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen: Kein Land

(C)

(D)

(Minister Dr. Michael Vesper)

(A) in dieser Bundesrepublik Deutschland stattet seinen Landessportbund so üppig mit Mitteln aus, wie wir das tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und wir tun das gern, weil der Landessportbund eine wichtige Arbeit leistet und wir hervorragend zusammenwirken.

Es gibt ein Detail, Frau Schraps, das Sie offenbar überhaupt nicht zur Kenntnis genommen haben, das zeigt, welch hohes Ansehen die nordrhein-westfälische Sportpolitik auch bundesweit genießt: die Ansiedlung der Nationalen Antidoping-Agentur. Der Deutsche Sportbund hat sich entschieden, diese wichtige NADA, die Nationale Antidoping-Agentur des Sports, in Bonn anzusiedeln, und das deswegen, weil Nordrhein-Westfalen Sportland Nr. 1 in dieser Republik ist und Bonn gemeinsam mit Köln eine hervorragende Infrastruktur aufweist. Ich möchte an dieser Stelle der Bundesstadt Bonn ganz herzlich gratulieren, dass diese Ansiedlung beschlossen worden ist.

Darüber hinaus haben wir als erstes Land in der Bundesrepublik Deutschland unsere Sportstiftung für die Nachwuchsförderung im Leistungssport eingerichtet. Es ist mit sehr begrenzten Mitteln gelungen, schon innerhalb des ersten Jahres, in dem wir bis heute bereits 192 Förderanträge bewilligt haben, die Trainerzahl für die wichtige Schnittstelle zwischen Landes- und Bundeskader zu verdoppeln. Wir wollen die Zahl gerade der Trainer für den sportlerischen Nachwuchs weiter vergrößern, weil hier der Schlüssel für sportlichen Erfolg liegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mögen Sie auch immer das Bild zeichnen, wir wären sportpolitische Wüste: Das Gegenteil ist der Fall. Soll ich Ihnen einmal einige Veranstaltungen aufzählen, die allein im nächsten Jahr bei uns in Nordrhein-Westfalen stattfinden? Das sind die Volleyball-Weltmeisterschaft der Frauen in Münster, das Weltcupfinale im Rennrodeln in Winterberg, die Hockey-Championstrophy der Herren in Köln, das Judo-Worldmasters in Wuppertal, die Kanupolo-Weltmeisterschaften in Essen. Ich könnte diese Liste fortsetzen. Zum ersten Mal finden auch zwei Etappen des Giro d'Italia bei uns in Nordrhein-Westfalen statt, nämlich in den beiden nördlichsten italienischen Städten Münster und Köln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch was wir in Sachen Olympia tun, wird mittlerweile bundesweit anerkannt. Frau Meise-Laukamp, ich bin Ihnen für den Hinweis auf das Parlament sehr dankbar. Ich habe mich sehr gefreut, dass der Landtag einstimmig einen Beschluss gefasst hat, der diese Bewerbung unterstützt. Denn wir brauchen die gesamte Unterstützung des Landes. Der Erfolg unserer Bewerbung wird davon abhängen, ob sie vom Land insgesamt getragen wird, und da bin ich sehr optimistisch. Sie wissen: Am nächsten Montag haben wir die konstituierende Sitzung des Beirats, den wir eingerichtet haben, in dem alle Fraktionen dieses Landtags vertreten sind, und ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Die GmbH ist gegründet. Es gibt einen Zweckverband mit mittlerweile 21 Gebietskörperschaften, kreisfreien Städten und Kreisen, die an der Erreichung des Ziels, Olympia an Rhein und Ruhr zu holen, mitwirken wollen. Und ich meine, meine Damen und Herren: Wer die Aufgabe löst, nicht nur Köln und Düsseldorf zusammenzubringen, was ja schwer genug ist, sondern auch Köln und Düsseldorf auf der einen Seite und das Ruhrgebiet auf der anderen Seite, der kann eigentlich nicht mehr scheitern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn die Zeit der kleinkarierten Auseinandersetzungen ist endgültig vorbei.

Was auch mir etwas Sorge macht, ist in der Tat das, was einige schon angesprochen haben, die Oddset-Wette. Die Einnahmen bleiben hinter den Erwartungen zurück. Ich meine, wir sollten alle mit dafür sorgen, dass sich dieser Trend nicht fortsetzt, sondern umkehrt. Deswegen, meine Damen und Herren, bitte ich Sie alle herzlich: Nutzen Sie die ruhigen Weihnachtstage einmal dazu, in die nächste Lottoannahmestelle zu gehen, sich mit dem komplizierten System der Oddset-Wette zu befassen und den einen oder anderen Tippschein auszufüllen.

(Zuruf von der CDU: Spielsucht!)

- Nein, das führt nicht zu Spielsucht, weil das viel zu kompliziert ist, um süchtig zu werden, sondern das ist eine vernünftige Form des sehr dosierten Wettens. Ich bitte Sie alle herzlich, da mitzumachen, damit sich die Mittel für Kultur, Sport und Umwelt in unserem Land erhöhen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(C)

(B)

(D)

(A) **Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Minister. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Grüll das Wort.

Dr. Stefan Grüll (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Vesper, Sie haben gesagt, die Zeit kleinkarierten Streits sei vorbei. Hoffentlich lassen Sie diesen Ankündigungen Taten folgen, und zwar auch und in besonderer Weise in Ihrer Fraktion. Darum möchte ich Sie sehr herzlich bitten.

Wir haben auch in dieser Debatte über Ihren Haushalt das ernsthafte Bemühen der Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen spüren können, möglichst viel für den Sport zu tun, so z. B. endlich die dritte Sportstunde an den Schulen in NRW zu realisieren.

Zu diesem ernsthaften, spürbaren Bemühen, in diesem Fachbereich, aber auch in anderen Bereichen und in anderen Einzelplänen, die wir hier debattieren, gemeinsam noch mehr für die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu erreichen, passt es sicherlich nicht, Herr Kollege Groth, wenn Sie wie eben mit Parolen und einer unerträglichen Rhetorik, die Sie an den Tag gelegt haben, um des Effektes willen

(B) (Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Mitglieder dieses Hauses und meiner Fraktion in einer Weise diskreditieren, die sich nicht gehört

(Beifall bei FDP und CDU)

und die dem gemeinsamen Anliegen des Ringens um die beste politische Antwort auf die Fragen in diesem Lande nicht dient. Das Gegenteil ist der Fall. Das ist ein miserabler Stil.

Die FDP-Fraktion erwartet, dass sich die Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses von diesem Stil distanzieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Grüll. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir damit die Beratungen zum Einzelplan 14 schließen können.

Wir kommen jetzt zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 14**, und zwar zunächst zu den **Änderungsanträgen** mit den laufenden Nummern **94 bis 105** in der Ihnen vorliegenden Übersicht.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** Nr. 94 der CDU **Drucksache 13/1982** auf Reduzierung der Mittel. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** Nr. 95 der CDU **Drucksache 13/1983** auf Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen für die Wohnungsbauförderungsanstalt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Antrag** Nr. 96. Es ist ein Änderungsantrag der CDU, **Drucksache 13/1984**, zur Reduzierung der Mittel für das REN-Programm. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Antrag** Nr. 97. Es ist ein Änderungsantrag der CDU, **Drucksache 13/1985**, auf Kürzung der Mittel des Grundstücksfonds. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Antrag** Nr. 98. Es ist ein Änderungsantrag der CDU, **Drucksache 13/1986**, auf zusätzliche Mittel für kommunalen Städtebau. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Antrag** Nr. 99. Es ist ein Änderungsantrag der CDU, **Drucksache 13/1987**, zur Erhöhung der Mittel für die Denkmalförderung. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Änderungsantrag** Nr. 100 der FDP **Drucksache 13/1988** zur Erhöhung der Zuweisungen für das Büchereiwesen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das

(C)

(D)

(Vizepräsident Jan Söffing)

(A) Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Antrag Nr. 101**. Es ist ein Änderungsantrag der CDU, **Drucksache 13/1989**, auf Erhöhung der Zuschüsse der Übungsleiter. Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Antrag Nr. 102**. Es ist ein Änderungsantrag der CDU, **Drucksache 13/1990**, zur Unterstützung des Leistungssports für Behinderte. Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Antrag Nr. 103**. Es ist ein Änderungsantrag der CDU, **Drucksache 13/1991**, zum Leistungssport für Behinderte. Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

(B) Wir kommen zu Nr. 104. Es ist ein **Änderungsantrag** der CDU, **Drucksache 13/1992**, zur Erhöhung der Zuschüsse an den Landessportbund. Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre und der FDP gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Antrag Nr. 105**, einem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1993**: Kürzung der Mittel für die Darstellung des Sportlandes NRW. Wer stimmt für diesen Antrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 14 entsprechend der **Beschlussempfehlung** und dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 13/1814**. Wer dieser **Beschlussempfehlung** zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Damit ist diese **Beschlussempfehlung**

mit den Stimmen der Regierungskoalitionäre gegen die Stimmen der Opposition **angenommen**. (C)

Ich rufe jetzt **Nummer 4** auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Ich weise auf die **Beschlussempfehlungen** sowie die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP mit den Nummern 127 bis 134 entsprechend der Tischvorlage hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Kruse das Wort.

(Unruhe)

Theodor Kruse (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratungen über die öffentlichen Haushalte auf allen politischen Ebenen sind im Kern von dem Grundgedanken geprägt, dass die Neuverschuldung beendet und die vorhandenen Schulden abgebaut werden müssen.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Kollege Kruse, ich darf Sie einmal unterbrechen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihren Geräuschpegel etwas zurückfahren würden, damit Herr Kruse zu Ihnen sprechen kann. (D)

Theodor Kruse (CDU): Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Präsident und darf erneut beginnen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Beratungen über die öffentlichen Haushalte auf allen politischen Ebenen sind im Kern von dem Grundgedanken geprägt, dass die Neuverschuldung beendet und die vorhandenen Schulden abgebaut werden müssen, damit die finanzielle Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit zurückgewonnen werden kann. Von diesem Ziel ist das Land Nordrhein-Westfalen weiter entfernt als je zuvor.

(Beifall bei der CDU)

Verantwortlich hierfür ist die rot-grüne Landesregierung und vor allem die SPD, die das Land seit über 30 Jahren regiert.

(Beifall bei der CDU)